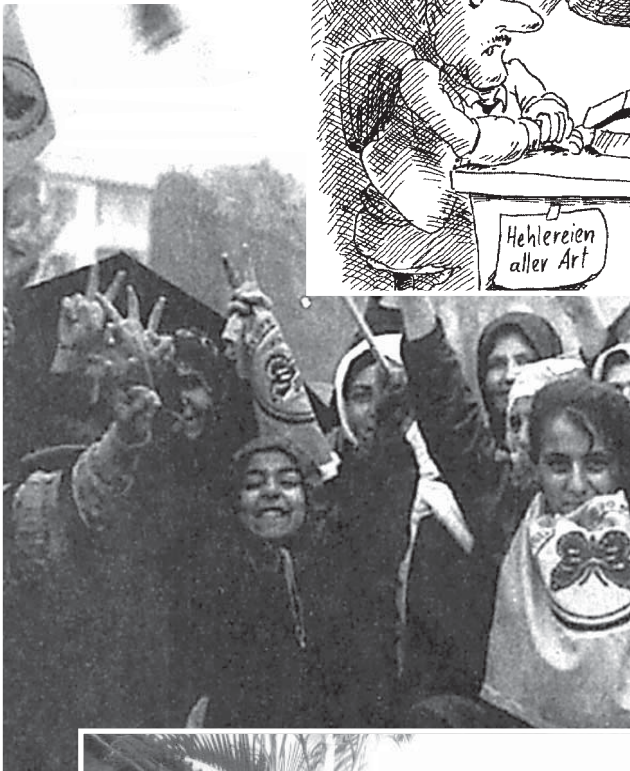


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Euro- und Goldschatzblüten
Seite 3



Rückschläge für die türkische Armee bei Angriff in Südkurdistan. Bild: Kundgebung der Hadep in Diyarbakir

Seite 9



Widerstand gegen die deutschstämmigen Kaffeebaron in Chiapas/Mexiko S. 22



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Euro und Goldschatz-Blüten	3
Die PDS sagt nein zum Euro!	3
Kapitalexport: BRD-Konzerne drängen weiter nach Osten	4
Benno-Ohnesorg-Kongreß abgebrochen	5
Pro Asyl gegen Asylbewerber- leistungsgesetz	6
Bürgerrechte für alle Ein- wohnerinnen und Einwohner	6
Halim-Dener-Prozeß	7

Auslandsberichterstattung

Frankreich: PCF auf dem Weg in die Regierung	8
Türkei: Rückschläge für die Armee	9
Nordkorea: Nagen am real- sozialistischen Hungertuch?	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
FAZ klagt gegen kritischen Journalisten	13
Mannheim: Die Bahnprivatisie- rung und ihre Folgen	14
Studienzentrum Weikersheim: Weiter rechtsaußen	15
Lehrerprotest in Potsdam	15
Erfurt: Protest gegen Kommunalabgaben	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
Erfolgreich gegen Billigflaggen ..	19
IG Metall diskutiert Reform des Flächentarifs	19
Der Flächentarif aus ostdeutscher Sicht	20

Diskussion und Dokumentation

Interview mit Dirk Pesara: Widerstand gegen die deutsch- stämmigen Kaffeebarone	22
Dr. Rubens: Ein Beispiel „realsozialistischer“ Dialektik ..	24
Rüstungsproduktion: „Wie geschmiert“	25

Letzte Seiten

Klick auf Kompromiß	27
Termine	28

AKTUELL IN BONN EVU-KLAGE. Der Verband kommunaler Unternehmen hat eine Verfassungsklage angekündigt, falls der Bundestag die von Wirtschaftsminister Rexrodt und der Regierung betriebene Novellierung des Energiewirtschaftsrechts in Kraft setzt. Inzwischen ist auch unter Experten unbestritten, daß Rexrodts Gesetz – angekündigt als weitere „Liberalisierung“ – in Wirklichkeit zu einer weiteren Monopolisierung im Energiebereich führen wird, verbunden mit Energiepreissenkungen nur für wenige große Konzerne, Preiserhöhungen aber für alle kleineren Unternehmen und vor allem für private Haushalte. Der Verband kommunaler Unternehmen will seine Verfassungsklage vor allem dagegen richten, daß sich Rexrodts Gesetz auch „eindeutig gegen die kommunalen Unternehmen richtet“. Nach Bekanntwerden der Klagedrohung erklärten sich die Regierungsparteien bereit, noch nicht näher beschriebene „Änderungen“ am Gesetzentwurf zugunsten der kommunalen Unternehmen vorzunehmen.

PKK-VERBOT. Für eine Aufhebung des Verbots der kurdischen Arbeiterpartei PKK hat der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) plädiert. Zur Begründung sagte der SPD-Politiker am 4. Juni, die PKK habe seit mehr als einem Jahr in Deutschland keine Anschläge mehr verübt. Dieses friedliche Verhalten sei offenbar auf Dauer angelegt. Wenn es tatsächlich einen grundlegenden Wandel der PKK in Deutschland gebe, müsse dies vom Staat anerkannt werden. Glogowski hat seine Überlegungen auf der Innenministerkonferenz, die am 5. und 6. Juni in Bonn tagte, auch mit Bundesinnenminister Manfred Kanther erörtern. Bayerns Innenminister Beckstein ist gegen eine Aufhebung des Betätigungsverbots, das NRW-Innenministerium soll noch unentschieden sein. Schon vor einiger Zeit hatte sich der Hamburger Innensenator für eine Aufhebung des Betätigungsverbots ausgesprochen.

„ORGANISIERTE KRIMINALITÄT“. Der Grüne Bundestagsabgeordnete Manfred Such hat Kanthers Warnungen vor einer „Zunahme der Organisierten Kriminalität“ zurückgewiesen, die dieser auf einem Kongreß der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament am 2. Juni in Halle wiederholt hatte. Such: „Minister Kanthers Behauptungen zum Anstieg der sog. „Organisierten Kriminalität“ stehen im Widerspruch zu dem gerade vorgelegten OK-Lagebericht 1996: • Die gemeldeten Verfahren und Einzeldelikte gingen gegenüber 1995 um 2 bzw. 8% zurück. • Ohne die für 1996 erstmals aufgenommenen Meldungen des Zolls und drei aus dem Rahmen fallenden Großverfahren liegen auch die Schätzungen der Schäden und Gewinne bei den Werten des Vorjahres. • Ein Viertel der gemeldeten Verfah-

ren gegen allein auf verstärkte Initiativ-Ermittlungen durch verdeckte Fahnder zurück. • 80% der Verfahren wurden schon wegen gewerblicher bzw. geschäftsähnlicher Strukturen als OK-relevant erachtet, also wegen eines (nicht erstaunlichen) arbeitsteiligen Vorgehens der Verdächtigen. • Die sog. internationalen Tatbezüge ergeben sich vielfach aus grenzüberschreitenden „Einfach“-Delikten wie Zigaretten- und Drogenschmuggel, Kfz-Verschlebung und Migranten-Schleusungen. • Die von Kanther betonte Zunahme des Ausländeranteils beruht u.a. darauf, daß der vom Zoll ermittelte Zigarettenhandel durch Polen und Vietnamesen erstmals erfaßt wurde.“

ABGEORDNETEN-DIÄTEN. Die PDS-Bundestagsgruppe hat einen Antrag eingebracht, in dem sie fordert, daß „unverzüglich“ Gesetzentwürfe zur Neuregelung der Rechtsstellung der Abgeordneten eingebracht werden (Ds. 13/7891). Unter anderem wünscht die PDS: Verzicht auf Erhöhung der Abgeordneten-Diäten 1997 und Einsetzung einer unabhängigen Kommission beim Bundespräsidenten, die jährlich einen Vorschlag zur Anpassung der Diäten und anderer Leistungen vorlegt. Außerdem fordert die PDS die Offenlegung von Nebenverdiensten und Vorschriften zu ihrer Genehmigung, darüber hinaus eine Behandlung der Versorgungsansprüche, der Altersversorgung und des Übergangsgeldes für ausscheidende Abgeordnete.

BURSCHENSCHAFTEN. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren aus dem Etat des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums sowie des Familien- und Jugendministeriums erneut mehrere Burschenschaften gefördert. Das geht aus einer Antwort der Regierung auf eine Anfrage der PDS hervor (Ds. 13/7565 und 13/7686). Unter anderem erhielten der Bund Deutscher Ingenieur-Corporationen, der Cartellverband der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen, der Kartellverband der Katholischen Deutschen Studentenvereine, der Sondershäuser Verband akademisch-musikalischer Verbindungen und der Wingolfsbund Bundesmittel zwischen 3.365 und 35.000 DM.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 11. Juni berät der Bundestag über den „Europäischen Gipfel“. Am 12. Juni soll über den 50. Jahrestag des „Marshall-Plans“ diskutiert werden, außerdem über die Einsprüche des Bundesrats gegen Seehofers Krankenreformgesetz, über die Umsetzung der „Agenda 21“, Bodenschutz, Hochschulfinanzierung und die UNO-Politik. Spät am Abend soll dann noch über den PDS-Antrag auf Vorlage eines jährlichen „Reichtumberichts“ beraten werden. Am 13. Juni soll Kanthers „Informations- und Kommunikationsdienstegesetz“ beraten werden. Am 16. und 17.6. ist in Amstterdam EU-Gipfel.

Euro- und Goldschatz-Blüten

Die Debatte um den Euro und die Krise im Bundeshaushalt treiben immer wildere politische Blüten. Schon vor Wochen warfen sich Jürgen Trittin und Jürgen Elsässer gemeinsam mit Daniel Cohn-Bendit und anderen rechten Grünen pro „Euro“ ins Gefecht. Kritikern der von Kohl angestrebten Währungsunion wie der PDS warfen sie „rechten Populismus“ vor.

Der „antinationale“ Jürgen Elsässer sah im Euro sogar ein für Linke „sympathisches Projekt“, weil es die DM-Dominanz untergrabe. Als hätte die Regierung Kohl das Zentralprojekt ihrer Europa- und Außenpolitik, von Kohl als eine Frage von „Krieg und Frieden“ eingestuft, als Eigentor zur Untergrabung deutscher Vormacht in Europa entworfen! Daß der Euro und die Währungsunion in Wirklichkeit ein Projekt zur Verfestigung der europäischen Großraum-Marktwirtschaft, zur Beherrschung dieses Kontinents durch die europäischen Monopole und zur Verbesserung ihrer Position in der Triaden-Konkurrenz mit den USA und Japan ist – bei Teilen der grünen Partei scheint man diese Wahrheit aus lauter Drang, im Klientel der FDP Stimmen zu fischen, ziemlich verdrängt zu haben.

Der Euro als Konzentrationsschub

Dabei sind selbst in der bürgerlichen Öffentlichkeit die Vorbehalte gegenüber dem Euro zum Teil – sieht man einmal von Rechtsaußen-Politikern wie Brunner

und Stoiber ab, die ein noch schroffer deutsch-dominiertes Mitteleuropa anstreben – erkennbar Klein-Groß-Konflikte unter Kapitalisten. Denn den Hauptvorteil aus dem Euro werden vor allem die im europäischen Großraum operierenden großen Konzerne haben, die ihre Transaktions- und Zirkulationskosten mit dem Euro weiter senken können, während die kleineren Unternehmen, das Handwerk u.a. das Nachsehen haben – ihnen bleiben nur die Kosten der Währungsumstellung. Der „Euro“ wird die Zentralisation und Konzentration des Kapitals beschleunigen. Es gibt also auch „antimonopolistische“ Gründe für die Grünen, eine kritische Position zum Euro einzunehmen – schließlich sind sie sonst auch nicht für den Durchmarsch großer Konzerne gegen kleine Firmen.

Wie soll Geldmacht kontrolliert werden?

In der Bundestagsdebatte letzte Woche über Waigels Gold-Pläne ging es aber leider heiter weiter. Selbst die CSU und die Wirtschaftspresse hatten die Bundesbank zuvor gelegentlich daran erinnert, daß der Zentralbankrat kein gesetzestheurer Olymp und die Bundesbank keine eigentümerlose Bank sei. Im Bundestag aber warfen sich SPD-Scharping und Joschka Fischer für die „Unabhängigkeit der Bundesbank“ ins Gefecht, griffen Waigel also von rechts an, statt eine demokratische Kontrolle der Geldmacht der Bundesbank und der künftigen Eu-

chere den Sozialstaat ... Tatsache ist: Der Sozialstaat wird westeuropaweit auf dem Altar des EURO geopfert ...

Löhne und Gehälter:

Die Bundesregierung sagt, die Sicherung des Standortes Deutschland erfordere Mäßigung bei Löhnen und Gehältern und habe nichts mit dem EURO zu tun ... Tatsache ist: Mit dem EURO werden die Löhne neben der Finanzpolitik die Rolle des Wechselkurses übernehmen. Die Folgen sind Lohndumping und das gezielte Ausspielen von Arbeiterinnen und Arbeitern mit verschiedenen Pässen. (...)

Die PDS hat ... die Maastrichter Geldunion von Anfang an entschieden abgelehnt, weil sie der neoliberalen Deregulierung der Wirtschaft Tür und Tor öffnet, den Sozialstaat zu Grabe trägt, die EU einer allmächtigen Zentralbank unterwirft, Europa spaltet und die Kluft zwischen arm und reich vergrößert.

Die PDS fordert: Die Währungsunion muß durch eine Sozialunion ergänzt und korrigiert werden. Die Bevölkerung muß über die Einführung des Euro selbst entscheiden. ...



ropäischen Zentralbank einzufordern.

Dabei fordert z.B. die französische Linke bis hin zu den Sozialisten in guter demokratischer Tradition eine Kontrolle der Zentralbanken durch Parlamente. Aus Bonn kam für diesen vernünftigen Grundsatz letzte Woche von Grünen und SPD aber keine Unterstützung.

Waigel in den eigenen Schlingen

Dabei hat sich Waigel mit seinem Streit um das Bundesbank-Gold und die Euro-Kriterien in eigenen Schlingen gefangen. **Stichwort Neuverschuldung:**

Die von ihm postulierten „3,0 Prozent maximale Neuverschuldung“ werden weder in den Maastrichter Verträgen, noch von der FDP oder der Bundesbank so exakt für 1997 verlangt. Beim letzten FDP-Parteitag soll es sogar heißen haben, 3,49% Neuverschuldung seien auch näher an 3 als an 4 Prozent. Tatsächlich gelten so exakte Vorschriften erst später bei Waigels „Stabilitätspakt“ in der Währungsunion. Dann werden bei Überschreitung der vereinbarten Neuverschuldung sogar Bußgelder in Milliardenhöhe fällig. Der „Stabilitätspakt“ aber ist noch gar nicht in Kraft.

Im *Handelsblatt* konnte man dafür schon vor Monaten lesen, ein niedriger Kurs des Euro gegenüber dem japanischen Yen und dem US-Dollar sei hilfreich, weil damit Warenexporte europäischer Konzerne in die USA und nach Japan profitabler würden. Schließlich sei auch das „deutsche Wirtschaftswunder“ in den 50er Jahren zum Teil Folge eines zwei Jahrzehnte lang künstlich niedrig gehaltenen DM-Kurses gegenüber dem Dollar gewesen. Und zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in Europa könne eine Exportoffensive in die Absatzmärkte der „Triaden“-Konkurrenten USA und Japan womöglich auch beitragen.

Tatsächlich regt sich gegenüber dem hohen Dollarkurs in der Öffentlichkeit kaum Protest. Im Gegenteil, die deutschen Konzerne streichen die Extraprofite, die ihnen daraus erwachsen, freudig ein. Die Börsennachrichten im Fernsehen zeigen (fast) immer das gleiche Ritual: steigt der Dollar, steigen auch die Börsenkurse in Frankfurt. Sinkt er, sinken auch die deutschen Aktienkurse.

Ein gegenüber Dollar und Yen niedrig bewerteter, insoweit „weicher“ Euro,

„Die PDS sagt Nein zum Euro!“ Aus einem Flugblatt des PDS-Vorstands zum Euro

... So wie die deutsch-deutsche Währungsunion keine „blühenden Landschaften“ in Ostdeutschland schuf, so wird auch die europäische Währungsunion keine „blühenden Landschaften“ in Europa schaffen! ...

Arbeit:

Die Bundesregierung sagt, der EURO bringe Arbeit ... Tatsache ist: Die vor 10 Jahren mit der Einführung des Gemeinsamen Binnenmarktes versprochenen 2 Millionen Arbeitsplätze wurden nicht geschaffen. Vielmehr gibt es heute in der EU 20 Millionen registrierte Arbeitslose und 50 Millionen Arme. Da der EURO den Konkurrenzdruck auf die Betriebe enorm verschärft, sind noch mehr Firmenpleiten und Entlassungen zu erwarten.

Sozialstaat:

Die Bundesregierung sagt, der EURO si-

verbunden mit harten Stabilitätsauflagen im Innern, die die Sozialausgaben europaweit weiter einschränken – das wäre den großen Konzernen durchaus recht. **Stichwort Bundesbank-Gold:**

Auch hier hat sich Waigel ins eigene Bein geschossen. Nach der DDR-Annexion war schon einmal eine Debatte um die Frankfurter Goldreserven ausgebrochen. Damals hatten u.a. SPD-nahe Politiker und Professoren gefordert, Waigel solle einen Teil der Goldreserven verkaufen oder Neubewerten, um den „Aufbau Ost“ zu finanzieren. Damals hatte Waigel vehement und fundamentalistisch widersprochen: das käme aus Stabilitätsgründen niemals in Frage. „Übersehen“ oder wissentlich verschwiegen hatte der Finanzminister bereits damals, daß die Bundesbank in Wirklichkeit gar nicht so strikt auf Billigpreisen für ihr Gold beharrt. Dem „Europäischen Währungssystem“ (EWS) nämlich hatten die Frankfurter Zentralbanker schon in den 80er Jahren ein Fünftel ihrer Goldreserven für das „EWS-Reservesystem“ ausleihen müssen – und dabei selbstverständlich nicht zum Niedrigstpreis bewertet. Der CSU-Minister hätte also wissen müssen, daß ein ähnlicher Vorgang sich wiederholen wird. Spätestens wenn ein Teil der Bundesbank-Reserven als Einlagen an die künftige Europäische Zentralbank eingezahlt wird, stellt sich die Frage: Zu welchem Preis? Und kein Mitglied von Bundesregierung und Bundesbank wird dann daran denken, Gold- und Devisen „unter Preis“ abzugeben, auf Geldmacht oder Stimmrechte zu verzichten.

Seine „fundamentalistische“ Position mußte der Finanzminister also sowieso räumen. Daß ihm und seinen Beamten das erst jetzt auffiel, ist typisch: Schlampererei. Und so wird sich der Streit auflösen als ein Streit um Fristen, Modalitäten usw. Spätestens 1999, wenn die Währungsunion beginnt, werden die Reserven der Bundesbank garantiert zum höchsten vertretbaren Kurs bewertet sein.

Und auch das Gerede um die angeblichen „Stabilitätsgefahren“ bei der Neubewertung der Goldreserven wird sich dann als Zweckpropaganda erweisen. Sicher, die Bundesregierung gewinnt durch die Neubewertung der Goldreserven der Bundesbank 20 Mrd. DM und mehr, ohne daß damit ein Wachsen des Warenangebots verbunden ist. Aber wer hat jemals einen bürgerlichen Ökonomen besorgt gesehen, weil die Aktienkurse steigen und steigen? Obwohl dabei zweifellos ebenfalls Geld „geschaffen“ wird – nämlich bei den Aktienbesitzern – dem kein Wachstum des Warenangebots gegenübersteht, so daß „inflationäre Gefahren“ entstehen könnten?

Eine linke Europakonzeption gesucht

Trotzdem: Nach dem Wahlsieg der Linken in Frankreich nehmen die Probleme der Bundesregierung weiter zu. Das *Handelsblatt* spricht nur noch vom Bonner „Kladderadatsch“, Waigel solle zurück-

treten. Die Wetten für vorgezogene Neuwahlen steigen. Zwischen der FDP-Linie – keine Steuererhöhungen – und dem Ausgleich des Haushaltslochs klaffen Milliarden-Löcher.

Die Regierung muß bis Mitte Juli einen Ausgleich für ihren Haushalt gefunden haben, und sie muß zu einer Verständigung mit Frankreich über die EU-Währungsunion kommen. Zu befürchten ist, daß Kohl letzteres zumindest mittelfristig über eine Verstärkung der militärischen und Rüstungs-Allianzen versuchen wird und daß die französischen Sozialisten dagegen nicht viel Widerstand entwickeln werden. Für den Ausgleich der Bundeshaushalte und die Wahlen 1998 hofft die Bundesregierung derweil weiter auf ein Anspringen der Konjunktur. Die Devise für die Bonner Haushaltsnöte könnte also wieder einmal lauten: Weiter Privatisieren, weiter Sozialabbau, und im übrigen „aussitzen, bis die Konjunktur anspringt“.

Bei der Linken bleibt damit die Aufgabe, den Widerstand gegen Waigels Haushaltspolitik zu verstärken und zugleich eine alternative Europakonzeption zur Politik der Herrschenden in diesem Lande zu entwickeln. *rül*

Neue Kapitelexport-Bilanz

BRD-Konzerne drängen weiter nach Osten

Große Beachtung fand kürzlich in der bürgerlichen Öffentlichkeit die Warnung der Bundesbank, daß ausländisches Kapital wegen angeblich zu geringer Rendite kaum noch in der BRD angelegt werde. Dabei zeigt die Kapitelexportbilanz der Bundesbank noch eine andere, sehr viel wichtigere Tendenz: Der Drang bundesdeutscher Konzerne nach Osten ist ungebrochen.

Der Hinweis der Bundesbank auf das Auslandskapital, für das die Anlage in der BRD angeblich nicht mehr „attrak-

tiv“ sein soll, diene vor allem propagandistischen Zwecken. Der beständige Ruf der hiesigen Konzerne und Aktionäre nach immer noch höherer Rendite sollte so erneut propagandistisch unterstützt werden. Tatsächlich ging selbst dieser Versuch der Bundesbank schon einen Tag später in die Hose, als bekannt wurde, daß Schweizer Chemiefirmen für 19 Mrd. DM die Boehringer-Mannheim aufgekauft haben. So „wenig attraktiv“ kann es in der BRD für Renditejäger dann wohl doch nicht sein! Zumal die Börsen von einem Höchstkurs zum nächsten jagen, also Aktien immer weiter gekauft werden.

Tatsächlich weist die neue Kapitelexportbilanz der Bundesbank vor allem auf eine ganz andere, schon länger zu beobachtende Entwicklung erneut hin: Der schreckliche deutsche „Drang nach Osten“, in die Staaten des früheren RGW bis hinein in die VR China, ist ungebrochen.

In Zahlen: Von 1991 bis 1995, dem letzten Jahr, für das seitens der Bundesbank zur Zeit Angaben vorliegen, stiegen

- die direkten und indirekten Kapitalanlagen deutscher Konzerne in diesen Gebieten von 2,152 Milliarden DM auf 12,503 Mrd. DM, also auf das Sechsfache;
- die Zahl der in diesen Ländern vorhandenen Auslandswerke deutscher Unternehmen von 416 auf 1.891, also auf das Viereinhalbfache;
- die Zahl der in diesen Werken ausgebeuteten Lohnabhängigen von 85.000 auf 326.000, also auf fast das Vierfache;
- der Jahresumsatz dieser Ost-Filialen deutscher Konzerne von 7,7 auf 33,2 Mrd. DM, also auf mehr als das Vierfache.

Auch die gesamten deutschen Kapitalanlagen im Ausland stiegen, nachdem sich nach der DDR-Annexion deutsches Kapital vor allem in die DDR ausgedehnt und damit der Kapitelexport in andere Gebiete vorübergehend etwas nachgelassen hatte, seitdem wieder steil an. Das gesamte – direkt und indirekt – in ausländischen Werken, Firmenbeteiligungen u.ä. angelegte deutsche Kapital, 1991 bereits bei der enormen Summe von 262

DEUTSCHES AUSLANDSKAPITAL 1991 UND 1995 NACH REGIONEN

Land bzw. Region	Kapital (Milliarden DM)	Umsatz	Beschäftigte
Alle Länder 1991	262,7	793,2	2.408.000
1995	375,8	1.020,5	2.757.000
USA 1991	59,9	179,4	481.000
1995	80,8	219,7	510.000
Großbritannien 1991	19,3	64,1	145.000
1995	37,2	100,2	191.000
Frankreich 1991	23,8	106,1	224.000
1995	30,3	130,9	234.000
Belgien 1991	19,4	43,1	90.000
1995	28,1	49,6	84.000
Brasilien 1991	7,7	25,8	246.000
1995	12,1	38,0	196.000
sog. „Reformländer“ (RGW + China) 1991	2,2	7,7	85.000
1995	12,5	33,2	326.000

Milliarden DM angekommen (20.895 Auslandsunternehmen mit zusammen 2,4 Millionen Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 793 Milliarden DM), ist bis Ende 1995 erneut um etwa 40 Prozent gestiegen und erreicht die gigantische Summe von 376 Milliarden DM. 2,757 Millionen Beschäftigte, 350.000 mehr als 1991, arbeiten inzwischen im Ausland zur Steigerung der Rendite deutscher Konzerne und erwirtschaften einen Jahresumsatz von 1.020 Milliarden DM, das Zehnfache des weltweiten Umsatzes von Daimler-Benz oder mehr als die weltweiten Umsätze der 15 größten deutschen Konzerne im selben Jahr zusammen!

Zwar sind die Hauptanlagegebiete weiterhin die angelsächsischen Länder, d.h. die USA und Großbritannien, dicht dahinter: Frankreich, gefolgt von Belgien und den Niederlanden. Auf diese fünf Staaten entfällt weiterhin fast die Hälfte aller Auslandsanlagen deutscher Konzerne, 40 Prozent aller Beschäftigten in deutschen Auslandswerken arbeiten in diesen Staaten für deutsche Profite. Sicherung und Ausbau der Marktmacht und der Profite in den konkurrierenden imperialistischen Metropolen rangiert beim Kapitalexpert weiter als Motiv ganz oben.

Doch der Osten lockt deutsche Konzerne wie kein anderes Gebiet in der Welt. Nirgendwohin in der Welt schnellten deutsche Kapitalanlagen in den letzten Jahren so in die Höhe, nirgendwo wuchs vor allem die Zahl der Beschäftigten in deutschen Auslandswerken so schnell wie in den Ländern des früheren RGW, die mit ihren Elendslöhnen bei gleichzeitig geringer Entfernung zum deutschen Machtbereich offenbar die Phantasie der Kapitalisten besonders anstacheln. Dabei sticht die Bedeutung dieser Anlagegebiete für deutsches Kapital weniger bei der Masse des angelegten Kapitals als bei den Beschäftigtenzahlen ins Auge. Hier stieg der Anteil der früheren RGW-Gebiete an den Auslandsbeschäftigten deutscher Konzerne weltweit von knapp 3,2% 1991 auf über 12 Prozent 1995! Etwa jeder achte der in deutschen Auslandswerken Beschäftigten arbeitete bereits 1995 in den Staaten des früheren RWG, Tendenz weiter rasch steigend.

Dabei konzentrieren sich die deutschen Kapitalexperte auf drei Staaten: die Tschechische Republik, Ungarn und Polen. 1995 entfielen auf diese Länder etwa drei Viertel des deutschen Auslandskapitals in den sog. „Reformländern“: 3,9 Mrd. DM Tschechische Republik, 3,3 Mrd. DM Ungarn, 1,8 Mrd. DM Polen.

Die „Befreiung“ dieser Staaten entpuppt sich so wenige Jahre nach dem Fall des RGW für immer mehr Menschen als Unterwerfung unter die Konzernherren aus Deutschland, für deren Reichtum sie nun schancen müssen – wenn sie nicht ins soziale Elend abstürzen wollen. *rül*

Quellen: Statistische Sonderveröffentlichungen 10 der Bundesbank, Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Mai 1996 und Mai 1997.



Benno-Ohnesorg-Kongreß abgebrochen

Die „Linke“ ist mittlerweile nicht mehr fähig zu einem offenem und erhellendem Diskurs. Wenn es dazu noch eines Beweises bedurft hätte, der gescheiterte Benno-Ohnesorg-Kongreß in Berlin Anfang Juni hat ihn geliefert.

Der Eröffnungsabend erinnerte noch viele an früher. Nach offiziellem Beginn wurde im Vorraum des Audi-Max der TU verzweifelt jemand gesucht, der einen Film-Projektor bedienen könnte. Man wolle doch zu Beginn einen Film von 1967 zeigen. Die Besetzung des Podiums klärte sich erst nach und nach. Johannes Agnoli zog es vor, im Publikum zu verbleiben, während aus dem Kreis der Personen, die eigentlich nicht erwartet wurden, Rainer Langhans nicht nur auftauchte, sondern auch auf dem Podium Platz nahm. „Möchte sonst noch jemand nach vorne kommen“,

fragte einer der Veranstalter. Es mochte niemand mehr. An diesem Abend übrigens waren zwar viele verwundert über die Anwesenheit von Rainer Langhans, doch niemand nahm daran ernstlich Anstoß.

Ganz anders am folgenden Tag: Zu Beginn der zweiten Generaldebatte kritisierte Jutta Dittfuth in scharfen Worten zunächst, daß die Veranstalter Langhans am Vortag auf das Podium gelassen hätten. Danach forderte sie die Entfernung des von ihr so bezeichneten und inzwischen im Saal ausgemachten „Eso-Faschisten“ Langhans. In der sich anschließenden Geschäftsordnungsdebatte forderte jemand den Ausschluß von Jutta Dittfurth, weil sie für Peter Glotz Reden schreibt.

Am dritten Tag lag vor Beginn der Generaldebatte eine Erklärung verschiedener Gruppen und Personen auch aus dem Veranstalter-Kreis vor, die folgendermaßen begann: „In Abwandlung des Spruchs der russischen Anarchistin Emma Goldmann ‚Wenn ich hier nicht tanzen darf, ist dies nicht meine Revolution‘, sagen wir: „Wenn hier nicht alle Protagonisten des Protestes vom 2. Juni 1967 teilnehmen dürfen, die es wollen, ist dies nicht unsere Veranstaltung“. Es kam zum Eklat und letztlich zu tätlichen Auseinandersetzungen. Der Kongreß hatte sein vorzeitiges Ende gefunden.

Der Versuch, einen Kongreß vom Stil und Ablauf so zu initiieren, wie in den sechziger Jahren üblich, ist gescheitert.

Übrigens: Beide Fotos auf dieser Seite, das Foto von dem erschossenen Benno Ohnesorg links und das untere Foto vom Kongreß in Berlin sind von dem Fotojournalisten J. Henschel. Auch er war 30 Jahre nach seinem berühmten „Ohnesorg-Bild“ zu diesem Kongreß gekommen. Vielleicht wäre sein Bericht interessanter gewesen als so manche Selbstinszenierung gealterter „Studentenführer“. *brr*



Das Podium des Benno-Ohnesorg-Kongresses am ersten Tag von hinten: von links nach rechts: Karl-Heinz Schubert, Heide Berndt, Rainer Langhans, Bernd Rabe, Stefan Pribnow, Morus Markard. Fotos: Jürgen Henschel

„Schlimmste Entgleisung“

PRO ASYL protestiert gegen das Asylbewerberleistungsgesetz

Als „bislang schlimmste Entgleisung im Europäischen Jahr gegen Rassismus“ hat PRO ASYL-Sprecher Heiko Kauffmann am 31. Mai die von Bundestag und Bundesrat mit Mehrheit verabschiedete Novelle zum Asylbewerberleistungsgesetz bezeichnet, die am 1. Juni in Kraft trat.

Nunmehr erhalten Asylsuchende, Kriegsflüchtlinge und geduldete Ausländer/innen ab 1. Juni drei Jahre lang (bisher: 1 Jahr) nur noch drastisch gekürzte Sozialleistungen. Damit werden mehr Flüchtlinge auf noch längere Zeit aus der existentiellen Grundsicherung ausgegrenzt.

Noch härter geht PRO ASYL mit der in letzter Minute zwischen Regierungsparteien und SPD verabredeten Ausdehnung der Neuregelung auf alle in Deutschland lebenden Asylsuchenden und die bereits länger im Lande lebenden Flüchtlinge, Bürgerkriegsflüchtlinge und geduldeten Ausländer/innen ins Gericht. Bis zum 1. Juni 2000 gewähre der Gesetzgeber mehreren hunderttausend Betroffenen gerade noch das blanke physische Existenzminimum – in der Praxis werde auch dieses wohl häufig noch unterschritten werden.

Kauffmann: „Die Einführung eines dauerhaft geringeren Existenzminimums für eine ganz bestimmte Gruppe hier lebender Menschen ist staatlich organisierter Rassismus. Auch wenn das Gesetz mit den Mitteln der Rechtsstaatlichkeit auf den Weg gebracht wurde, muß es als rassistisch geprägtes Sondergesetz bezeichnet werden.“

Das Ergebnis der Absprachen zwischen Regierungsparteien und SPD sei ein „Parteienkonsens gegen Flüchtlinge“, der den verfassungsrechtlichen Vorgaben und dem Menschenwürdegebot des Grundgesetzes nicht genüge und den Geruch der Apartheid verbreite. Die SPD-Ländervertreter im Bundesrat seien ihren eigenen Kolleginnen und Kollegen aus der Bundestagsfraktion in den Rücken gefallen, die in parlamentarischen Debatten immer wieder darauf hingewiesen hätten, daß eine langfristige Unterschreitung des Sozialhilfeniveaus nicht vertretbar sei und die SPD dem sogenannten „Asylkompromiß“ von 1992 nur in diesem Bewußtsein habe zustimmen können.

(Presseerklärung von PRO ASYL, 31.5.97)

Eine Mehrheit gegen die Regierung ist im Entstehen

Bürgerrechte für alle Einwohnerinnen und Einwohner

Letzte Woche beschäftigte sich die Regierungskoalition damit, eine Reihe von Anträgen abzuschmettern, mit denen die Oppositionsparteien die rechtliche Situation der BRD-Einwohner ohne Bürgerrechte bessern wollten. Das war nicht ganz einfach, denn die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Ausländerfeindlichkeit hat in der FDP liberale und in der CDU christliche Standpunkte wegen des geltenden (Un)rechts nervös gemacht. Dennoch sammelte sich die Regierungsmehrheit um ausgesprochen reaktionäre Politikvorstellungen wie Null-Zug, Integration als Eindeutschung, Abschluß der doppelten Staatsbürgerschaft.

Was unter Integration verstanden wird

Den oppositionellen Begriff von Integration definierte Frau Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast (SPD) in der Debatte folgendermaßen: „Integration, liebe Kollegen und Kolleginnen, ist keine Gleichmacherei. Sie ist wechselseitige Annäherung, ist ein Sicheinfinden und ein Sichanfreunden mit anderen Kulturen. Sie verlangt Verständnisbereitschaft und Respekt vor- und füreinander. Darauf muß die Politik in unserem Lande abzielen, aber leider ist dieses Ziel von der Bundesregierung schmählich verfehlt worden. (...) Politischer Wille zur Integration setzt nämlich vor allen Dingen die Fähigkeit zu deutlichen, positiven und konkreten Signalen voraus. Das wichtigste, meine Damen und Herren, ist die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.“

Den regierungsamtlichen Begriff von Integration definierte Erwin Marschewski (CDU/CSU): „Wir wollen, daß Ausländer integriert werden. Was heißt denn Integration? Integration heißt – das beispielsweise ist Gegenstand unseres Staatsangehörigkeitsrechts –, daß sich jemand kulturell, sozial und rechtlich einordnet. Das wird auch im neuen Staatsangehörigkeitsrecht stehen. Daß derjenige, der Deutscher werden will, vor allen Dingen das Grundgesetz akzeptiert – zum Beispiel, Frau Kollegin Sonntag-Wolgast, akzeptiert, daß Männer und Frauen gleichberechtigt sind –, gilt für alle Ausländer.“

Die Regierung hat in der Koalitionsvereinbarung eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts stehen. Die Meinungen von Sonntag-Wolgast bzw. Marschewski müssen als Maxime aktuell anstehender Gesetzgebung gelesen werden. Sie stehen im gerade Gegensatz. Wo es links „anfreunden“ heißt, wird rechts „einordnen“ gefordert.

Einordnen heißt: Der Deutsche hat das Recht zu sein, was er ist. Dem Nicht-

deutschen wird das Recht in Aussicht gestellt, zu werden, was er nicht ist, nämlich deutsch. Deutsches Staatsrecht hat es im Faschismus auch schon dahin gebracht, dem Fremden das Recht abzusprechen, überhaupt zu sein. Die Rassen-gesetzgebung setzte die Verhinderung von Eindeutschung als Staatsziel.

Da ist eine Differenz heutiger Konservativer zum Faschismus. Aber der Anspruch auf Eindeutschung, die Forderung, die eine Kultur und Daseinsweise habe sich der anderen bis zum eigenen Verschwinden hin unterzuordnen, bleibt extrem und irrational. Die Frage: Wieso denn? drängt sich auf und wird irrational beantwortet: Das Ausländische muß dem Deutschen Platz machen, weil es, siehe oben, die Gleichberechtigung gefährdet. Wer solche Argumente ernst nehmen wollte, müßte zuerst wohl die Ausbürgerung der Professorenschaft, zumindest der Berufungsgremien fordern, denn wo, wenn nicht hier, findet eine gegen gleichberechtigte Beteiligung von Frauen gerichtete Selektion statt? Auch könnte ein türkisches Mädchen, das den Schleier wollte, katholisch, Nonne, und dann wahrscheinlich auch ohne weitere Probleme deutsch werden, niemals jedoch kath. Pfarrerin ...

Emanzipation entsteht nicht durch Annahme aufgezwungener Vorschriften, sondern im sozialen Geschehen durch kritische Arbeit an der eigenen Lebensweise.

Es ist bemerkenswert, daß die Berichterstatterin der SPD, Frau Sonntag-Wolgast, den klassisch sozialdemokratischen Standpunkt der Stiftung von Fortschritt durch den Staat überklettert und ihre Maximen (wechselseitige Annäherung, Sicheinfinden und ein Sichanfreunden mit anderen Kulturen, Verständnisbereitschaft und Respekt vor- und füreinander) alle auf der Voraussetzung der Gleichberechtigung des Fremden und des Deutschen aufbaut. Der Staat ist in ihrem Gedankengang auf die Rolle verwiesen, die gesellschaftliche Vermittlung kultureller Verschiedenheiten zu begünstigen oder zu stören.

Die konservative Auffassung der Beziehung zwischen der staatlich formierten Nation, die Normen und Ordnung setzt und auslebt, und dem Fremden, das genau diese Normen und exakt jene Ordnung annehmen muß, wenn es bei uns sein will, stellt zudem noch die Weichen für einen Kulturkampf im Haus Europa, der in einen Nationalitätenkampf um wirtschaftliche und politische Hegemonie übergehen müßte.

Die doppelte Staatsangehörigkeit

Die Rednerinnen und Redner der Opposition verwiesen in ihren Beiträgen darauf, daß in der BRD gegenwärtig bereits ca. zwei Millionen Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit leben. (Dies kommt einerseits zustande durch Eheschließungen, andererseits durch Einbeziehung sog. Deutschstämmiger v.a. aus der früheren UdSSR in die deutsche Staatsbürgerschaft). Dieser Zustand ist so problemlos, daß er öffentlich kaum bekannt ist. Knallhart dem gegenüber steht die Position der Regierung und der Parteien, die sie tragen. Ihr Berichterstatter, Marschewski, sagte dazu:

„Für uns ist dabei eines klar: Die generelle Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft ist für uns nicht diskutabel. Sie birgt die Gefahr in sich, daß sich der betreffende Ausländer der Integration verweigert, weil ihm, Herr Kollege Schily, ohnehin die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen wird.“

Woher diese harte Haltung? Niemand wird hier populistische Motive behaupten können, wie es sonst oft geschieht, um zu zeigen, daß der Schmutz an den Herrschenden nicht von innen, sondern von außen, konkret von unten kommt. Unter welchem Gesichtspunkt sollte diese Frage auch an einem Stammtisch des Jahres 1997 aufgerufen werden? Um die Brisanz der Frage zu erkennen, muß man sich nur ein anderes politisches Szenario denken. Ein junger Mann mit doppelter Staatsbürgerschaft könnte in einem dazu passenden Krieg unausweichlich auf einer Seite zum Deserteur werden. Das Recht des Staates, seine Bürger zum Kriegsdienst zu zwingen, kann mit dem Recht der Bürger, eine doppelte Staatsbürgerschaft anzunehmen, nicht gut gleichzeitig gedacht werden. Das Beispiel deutet an, daß die doppelte Staatsbürgerschaft auf jeden Fall die Verfügungsgewalt des Staates über die Bürger relativiert, und so ist die Erregung der Konservativen erklärlich.

Die Zuwanderung

Der Konflikt in Sachen Zuwanderung ist besonders kompliziert. Der Gesetzentwurf der Bündnisgrünen scheint darauf abzuzielen, den Nachzug von Familienangehörigen im weiten Sinne zu erleichtern, so daß die Verurteilung von sovielen BRD-Bewohnern zur Einsamkeit gelindert würde. Weiter geht Ulla Jelpke, PDS: „Die PDS ist immer für offene Grenzen für Menschen in Not eingetreten. Darunter verstehen wir beispielsweise durch staatliche oder auch durch nichtstaatliche Stellen Verfolgte. Notlagen entstehen durch Verfolgung aus rassistischen, religiösen, sexistischen Motiven. Aber auch aus ökologischen, ökonomisch-sozialen Katastrophen gehen Menschen, die in Not sind, in die Emigration und kommen hierher. Meine Damen und Herren, die Wohlstandsverteilung auf dieser Welt ist schreiend ungerecht. Die Zahl der Umweltflüchtlinge steigt von Tag zu Tag. Der

überwiegende Teil der Umweltzerstörung geht auf die wachstumsorientierte Wirtschaftsweise der westlichen Staaten zurück. Von daher tragen wir eine Mitverantwortung für die Menschen, die dadurch in Not geraten.“

Demgegenüber stehen Positionen aus dem bürgerlichen Lager, die in einem Einwanderungsgesetz vor allem das Recht des Staates regulieren wollen, passende Kräfte auszuwählen, oft unter den merkwürdigsten Kriterien. So Wolfgang Zeitlmann (CDU/CSU): „... Sie kennen wie ich den Saldo, das heißt die verbleibende Positivzuwanderung nach Deutschland nach Abzug derer, die weiterwandern. Diese ist nach meiner Erkenntnis höher als das, was die Wissenschaftler für die notwendige – wie sagt man? – Bluterneuerung fordern. Sie ist deutlich höher als das, was ich als Rate kenne, die für die demographische Entwicklung dieses Volkes erwartet wird.“ So weit Zeitlmann, geb. 1941, CSU, Rosenheim.

Fazit

Der Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit, der bald nach der massenhaften Arbeitskräfteanwerbung in den sechziger Jahren von den Gewerkschaften ausging und in den Kirchen und im demokratischen Milieu aufgenommen wurde, der Abscheu, den die faschistischen Verbrechen an Ausländern teils im Lande, aber auch bei den Nachbarländern ausgelöst haben, die maßgebende Bedeutung, die die Behandlung des Minderheitenproblems im neuen Deutschland für die Beziehungen zu den Nachbarländern hat, all dies führt dazu, daß die Politik der Reaktionen auf diesem Gebiet angreifbar ist und Vorteile für die Betroffenen herausgeholt werden können. Eine konzeptionell andere Ausländerpolitik, die allen Bewohnerinnen und Bewohnern der BRD Bürgerrechte sichert, könnte eine wichtige Gemeinsamkeit, ein großes Ziel der großen Zahl von Menschen werden, die die Fortsetzung der Kohl-Regierung nicht wollen. *maf*

Quelle: Bundestagsprotokoll vom 5. Juni

Angeklagter SEK-Beamte ist im „Zeugenschutzprogramm“

Halim Dener-Prozeß

Vor dem Schwurgericht in Hannover hat am 29. Mai zum zweiten Mal der Prozeß um die Erschießung des 16jährigen kurdischen Jugendlichen Halim Dener durch den SEK-Beamten Klaus T. begonnen.

Der als Zivilstreife eingesetzte Beamte hatte den kurdischen Jugendlichen in der Nacht vom 30.6. auf den 1.7.1994 beim Kleben von Plakaten der von Kanther verbotenen „Nationalen Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) festgenommen. Angeblich habe sich dann beim „Gerangel“ mit dem Jugendlichen ein Schuß gelöst,

Halim Dener wurde aus nächster Nähe in den Rücken getroffen und starb.

Rechte türkische Zeitungen hatten die Erschießung des kurdischen Jugendlichen, der erst wenige Wochen zuvor aus seinem von der Armee bedrohten Heimatdorf in die BRD geflohen war, gefeiert. Der SEKler dagegen wurde nach seinem Todesschuß mit Samthandschuhen angefaßt, durfte sich zur Wache begeben, vor der Spurensicherung die Hände waschen und vor der Vernehmung lange mit seinen Vorgesetzten beraten usw.

Der erste Prozeß war 1996 abgebrochen worden, nachdem sich zwei Richter nach erheblichen Prozeßfehlern krank abgemeldet hatten.

Wie schon in der ersten Hauptverhandlung lehnte das Gericht in Hannover auch dieses Mal gleich zu Beginn des Verfahrens alle Anträge der Nebenkläger – Anwälte, die die Interessen der Angehörigen von Halim Dener vertreten – zunächst ab. Weder war es bereit, den Eltern von Halim Dener die Reisekosten zu erstatten, noch wollte es deren Kosten für Dolmetscher bezahlen. Nachdem die deutsche Botschaft in Ankara die Erteilung von Visa an die Familie abgelehnt hatte, weigerte sich das Gericht, zu intervenieren.

Auch ein Antrag der Anwälte der Nebenklage (u.a. Rolf Gössner, Eberhard Schultz) auf Ladung eines Sachverständigen wurde zurückgestellt. Die Anwälte wollen den Beamten des LKA NRW Christian Schyga laden, der bei Tests zu dem Ergebnis kam, daß bei der von dem SEK-Beamten benutzten Waffe, einem Smith und Wesson Revolver, ein Abzugswiderstand von 4,3 Kilogramm zu überwinden ist, ein „versehentlich Schuß“ also so gut wie ausgeschlossen ist.

Eine Neuentwicklung des deutschen Strafprozeßrechts ist der Halim-Dener-Prozeß schon jetzt. Denn erstmals in der Geschichte der BRD ist der beschuldigte Beamte, also der Angeklagte, in ein polizeiliches „Zeugenschutzprogramm“ aufgenommen worden. Bei jedem Prozeßtag erscheint er in Begleitung von vier Bodyguards, zusätzlich geschützt durch bewaffnete Beamte im Gerichtssaal und vor dem Saal. Die Anwälte beantragen, daß diese groteske Einstufung eines Beschuldigten als „gefährdeter Zeuge“ sofort rückgängig gemacht wird. Außerdem kündigten sie an, für die Familie von Halim Dener Anträge auf Schadensersatz und Schmerzensgeld zu stellen.

Nächste Woche sind noch Montag, der 16. Juni, Mittwoch und Donnerstag Verhandlungen anberaumt, wobei Mittwoch Plädoyers und Donnerstag Urteilsverkündung geplant ist. Möglicherweise kommen aber noch weitere Zeugen und damit weitere Verhandlungstage. Die Verhandlungen beginnen morgens um 9.00 Uhr, das Gericht ist im Voglersweg. *rül*
**Infoveranstaltung mit den Anwälten:
Montag, 16. Juni, 19 Uhr
Pavillon am Raschplatz, Kleiner Saal
Lister Meile 4 in Hannover**

PCF auf dem Weg in die Regierung

Von Bernhard Schmidt, Paris

Das Linksbündnis aus Sozialisten, Kommunisten und Grünen sowie zwei kleineren Parteien hat die französischen Parlamentswahlen im zweiten Wahlgang am 1. Juni gewonnen. Mit 319 Parlamentssitzen für die rosa-rot-grüne Linkskoalition und 268 für die bürgerlichen Parteien RPR/UDF sowie einem Mandat für den neofaschistischen Front National (FN) – nur aufgrund des Mehrheitswahl: mit dem Verhältniswahlrecht hätte es 77 FN-Abgeordnete gegeben – konnte die bisherige Opposition die Regierungsgeschäfte übernehmen.

Sozialistenchef Lionel Jospin bildete eine Regierung, in der auch zwei kommunistische Minister sitzen: Marie-Georges Buffet als Ministerin für Jugend und Sport und Jean-Claude Gayssot als Transportminister. Während das erstere Amt fast überhaupt keinen Einfluß auf reale Weichenstellungen hat, fallen in das Ressort des früheren Eisenbahners Gayssot immerhin die brisanten Fragen der Privatisierung der Bahngesellschaft SN-CF und von Air France. Auch die Situation der Fernfahrer, die im November 1996 einen (teilweise erfolgreichen) Streik gegen ihre katastrophalen Arbeitsbedingungen und für die Rente ab 55 führten, fällt in seinen Zuständigkeitsbereich. Mit Michele Demessine stellt der PCF ferner eine Staatssekretärin für den Tourismus. Die Grünen erhielten das Umweltministerium (Dominique Voynet), was immerhin zur raschen Abschaltung des „Schnellen Bräters“ Superphenix führen wird. Und der Linksnationalist Jean-Pierre Chevènement von der „Bewegung der Citoyens“ MDC, 1993 von den Sozialisten abgespalten, erhielt mit dem Innenressort ein Schlüsselministerium – womit er von den europapolitischen Fragen, in denen er für Unruhe sorgte, abgehalten sein dürfte.

Die Sozialisten allein weisen mit 245 Sitzen (plus neun für verbündete kleinere, oft lokale Formationen, also 254) keine parlamentarische Mehrheit auf und sind in jedem Fall auf die Stützung durch die Kommunisten angewiesen. Der PCF erhielt 34 Sitze, hinzu kommen Vertreter der KP von La Reunion – die noch nicht wissen, ob sie mit Kommunisten, Sozialisten oder Grünen stimmen wollen – und ein weiterer von der Progressiven Alternative CAP (den ausgetretenen KP-„Erneuerern“), der zur KP-Fraktion zählen will. Die Grünen (acht Sitze), die linksliberalen „Radikal-Sozialisten“ (13) und die Linksnationalisten der „Bewegung der Citoyens“ (7 Sitze) werden voraussichtlich zusammen eine gemeinsame Fraktion bilden, um sich im künftigen

Regierungslager mehr Gehör zu verschaffen.

An der PCF-Basis bestanden im Vorfeld der Wahlen erhebliches Mißtrauen und Skepsis gegenüber einer erneuten Regierungsbeteiligung. Die KP hatte zuletzt zwischen 1981 und 1984 an einer Koalitionsregierung mit den Sozialisten unter Präsident Mitterrand teilgenommen, die sie nach drei Jahren – innerlich zerrissen und politisch isoliert – verließ. Vorausgegangen war die neuliberale Wende der Sozialisten, welche seit Frühjahr 1983 ein ausgeprägte Austeritätspolitik praktizierten und ganze Industriezweige (Automobil, Stahl ...) 1983/84 kahlhacksanierten. Die Sozialisten verfügten übrigens in der Legislaturperiode 1981 bis 1986 mit 58 Prozent der Parlamentssitze allein über die absolute Mehrheit und hatten die KP nur deswegen an der Regierung beteiligt, um über diese die soziale Basis und vor allem die damals noch eng von ihr kontrollierte CGT-Gewerkschaft ruhigzuhalten. Just mit dieser damaligen Situation begründet PCF-Sekretär Robert Hue auch, warum heute die Ausgangsbedingungen für eine Regierungsbeteiligung so viel besser seien: die CGT entziehe sich heute stärker der Kontrolle durch die Partei – was teilweise auch zutrifft – und die Basis habe „die Erfahrung enttäuschter Versprechungen schon einmal (nach 1981) gemacht“.

Tatsächlich fand der Antritt der Linksregierung 1981 vor dem Hintergrund seit Ende der 70er Jahre abflauender sozialer Kämpfe statt, während die sozialen Konflikte seit Herbst 1995 konstant hoch ist. Am Dienstag, den 10. Juni, soll bereits die erste gewerkschaftliche Großdemonstration für Beschäftigung stattfinden, zu der 50.000 bis 100.000 Leute erwartet werden.

Und die radikale Linke?

Die drei Formationen mit marxistisch-revolutionärem Anspruch, die zusammen in den Wahlanalysen die Rubrik extreme gauche (radikale Linke) ausmachen, erzielten zusammen 2,18 Prozent der abgegebenen Stimmen. Jede von ihnen trat allerdings nur in einem Teil des Wahlgebiets an. Alle drei haben übrigens gemeinsam, daß sie sich als theoretische Grundlage auf den Trotzismus beziehen, was jedoch in der Praxis zu völlig unterschiedlichen Strategien und politischen Kulturen führt.

Die LCR (Ligue Kommuniste Revolutionnaire), traditionell nach eigenen Angaben „auf der Straße stärker als in den Urnen“ und in vielen Bewegungen (Antifa, Immigranten, Frauen ...) sehr aktiv, hat unter dem Listennamen „100 Prozent links“ in 130 Wahlkreisen (von 577) Kandidaten aufgestellt. Die Ergebnisse liegen meist um 1 Prozent, der langjährige LCR-Sprecher Alain Krivine erzielte in der nördlichen Pariser Vorstadt Saint Denis 2,57 Prozent. Am Abend des ersten Wahlgangs rief Krivine im Rundfunk auf, alle progressiven Kräfte in der Stichwahl

für den Wahlsieg der Linkskoalition zu mobilisieren. Seit dessen Eintreten ist die LCR aktiv daran beteiligt, den sozialen und politischen Druck von unten – etwa für die Legalisierung der Immigranten „ohne Papiere“ – steigen zu lassen.

Eine völlig andere politische Kultur weist die Gruppierung LO (Lutte Ouvrière, Arbeiterkampf) auf, die stark auf einen extrem klassischen Proletariatsbegriff fixiert ist und dem eigenen Aufbau als betont disziplinierte revolutionäre Organisation Priorität einräumt. Aus politischen Bewegungen „nicht-proletarischen Inhalts“ wie dem Kampf gegen den Rassismus hält die LO-Mehrheit sich größtenteils heraus. Die Linkskoalition unter sozialistischer Führung lehnte LO im Vorfeld der Wahlen mit gleicher Schärfe ab wie das bürgerliche Regierungslager. Mit ihrer kleinen, aber disziplinierten Organisation weist LO eine Wahlkampfmaschinerie auf, die Arlette Laguillier 1995 bei der Präsidentenwahl 5,3% (1,6 Mio. Stimmen) einbrachte. Das aufsehenerregende Ergebnis von damals hat sich nicht wiederholt; die von LO in 321 Wahlkreisen aufgestellten Kandidaten erhielten meist 2-3% der Stimmen.

Arlette Laguillier selbst erzielte in der nordöstlichen Pariser Vorstadt Pantin 8,05 Prozent (1993 waren es 3,91 Prozent). Der Name von LO und vor allem von Arlette Laguillier hat durch sein regelmäßiges Auftauchen bei Wahlen – im Gegensatz zur LCR, die häufig unter verschiedenen Listennamen antritt – ein festes „Stammpublikum“ von 2 bis 3 Prozent auf Dauer binden können.

Der PT (Parti des Travailleurs, „Partei der Arbeiter“) schließlich trat in 121 Wahlkreisen an, die Ergebnisse liegen überall im Null-Komma-Bereich. Diese Formation – für Kenner der trotzkistischen Szene: die „Lambertisten“ – ist mit, laut Eigenangaben, 5.970 Mitgliedern (LCR: 2.000, LO: rund 1.500) die quantitativ stärkste Formation der extremen gauche und zugleich die am wenigsten öffentlich sichtbare unter ihnen. Der PT kontrolliert, ohne dabei als Organisation offen aufzutreten, bedeutende Teile des Apparats des drittgrößten französischen Gewerkschaftsbunds FO (Force Ouvrière), also jener antikommunistisch-„unpolitischen“ Gewerkschaft, die sich 1947 von der CGT abspaltete.

Der PT hat sein gesamtes öffentliches Auftreten unter einen einzigen inhaltlichen Punkt gestellt, die „Abschaffung des Maastrichter Vertrags“. Daher rief er in Wahlkreisen ohne PT-Kandidaten zur Wahl jener PCF-Bewerber auf, die nach seiner Ansicht konsequent gegen das Maastricht-Projekt auftreten, nämlich die Vertreter des „orthodoxen“ Flügels wie Jean-Jacques Karman und der Neostalinist Remy Auchede. Letztere sind auch Mitglieder eines – vom PT initiierten und dominierten – „Nationalen Komitees für die Abschaffung des Maastrichter Vertrags“.

(Aus Platzgründen v. d. Red. gekürzt)

Türkei: Rückschläge für die Armee

Der türkische Überfall in Südkurdistan ist ins Stocken gekommen

Fast ein Monat ist es her, daß die türkische Armee in Südkurdistan eingefallen ist. Nach anfänglichen Erfolgsmeldungen über die Zerschlagung der kurdischen Guerilla ist es mittlerweile ruhig geworden, und es zeigt sich, daß sich der türkische Angriff festgefahren hat. Auf einer Breite von 300 Kilometern ist die Armee mit 70.000 Mann an keiner Stelle über 60 km hinausgekommen.

Die Guerillakräfte der PKK haben sich weit auseinandergezogen und ihre festen Stellungen im Grenzgebiet zur Türkei verlassen. In diese Stellungen – besonders ins ARGK-Hauptquartier des Gebiets Zap (im Grenzdreieck Türkei-Iran-Irak) – rückten türkische Armeeeinheiten nach, die per Hubschrauber in die Bergregionen mit ihren unzähligen Schluchten eingeflogen werden mußten, wo Straßen oder feste Wege fehlen.

Und jetzt begann, was die PKK die „2. Phase“ nach dem Rückzug aus ihren festen Stellungen nennt: Der Angriff auf die Versorgung dieser Truppen. Allein im Zap-Gebiet sind mittlerweile 6.000 Soldaten ohne Nachschub. Das Gebiet ist von der Guerilla eingekreist. 3 Kampf- und 1 Transporthubschrauber wurden abgeschossen. Die Armeeführung mußte die Versorgung einstellen. Im abgeschossenen Transporthubschrauber saßen 11 hohe Armeeoffiziere, die ausgeflogen



Den dritten Jahrestag der HADEP feierten Mitte Mai etwa 50.000 Menschen auf einer zentralen Kundgebung in der kurdischen Metropole Diyarbakir.

werden sollten. In der letzten Woche vernichtete die PKK im türkischen Grenzgebiet zum Irak zwei kleinere Militärstützpunkte und eine komplette Garnison. Erstmals gab der türkische Generalstab am 8.6. hohe eigene Verluste an: 150 getötete Soldaten und 69 tote KDPLer in den letzten sechs Tagen (*Özgür Politika*, 9.6.). Am 9.6. meldete das KDP-Büro in Bonn, größere Teile der türkischen Armee würden sich in Südkurdistan in ihre Ausgangsstellungen zurückziehen.

Halil Atac, PKK-Zentralkomitee und ARGK-Oberkommando, stellte am 3. Juni in Beirut die Bilanz für Mai vor: Demnach hatte die Guerilla 112 eigene Verluste (75 in Südkurdistan, 27 in Nordkurdistan). Türkische Armee, Dorfschützer und KDP hatten 791 Verluste und 591 Verwundete. 13 Panzer wurden zerstört.

Die arabische Staaten haben einer Änderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Allianz Türkei-Israel im Mittleren Osten eine Absage erteilt. Nach anfänglicher Unterstützung der Invasion erklärte nun US-Regierungssprecher Burns, „die Operation müsse begrenzt bleiben“. Von der Bundesregierung sind keine neuen Stellungnahmen zu hören. Aber an ein Eingreifen gegen die Beteiligung von MBB beim Bau und Lieferung von Kampfjets an die Türkei ist nicht zu erwarten.

Die Regierungskrise vertieft sich

Währenddessen wird es immer wahrscheinlicher, daß in der Türkei schon bald Neuwahlen stattfinden. Seit dem 9.6. hat die Regierungskoalition endgültig die Mehrheit im Parlament verloren. Auf der ersten Sitzung der Regierung nach zwei Monaten erschien der Verteidigungsminister (DYP) nicht mehr. Er protestierte gegen die Politik des Premiers Erbakan (Refah) und forderte mehr Unterstützung für das Militär und die Invasion in Südkurdistan. Die Regierung beschloß, daß

Außenministerin Ciller das Amt von Erbakan schon im Juni 1997 übernimmt und daß Neuwahlen stattfinden sollen. Ciller und Erbakan scheinen mit zwei rechts-nationalistischen Parteien zu einem Wahlbündnis bereit: Refah droht ein Parteiverbot, Ciller fürchtet Staatsanwalt und Untersuchungsausschüsse.

Das Militär und Staatspräsident Demirel scheinen sich für Wahlen noch in diesem Jahr zu entscheiden. In Diskussion steht nun das von der Regierung angekündigte neue Wahlgesetz mit einer Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre und der Senkung der 10%-Hürde auf fünf Prozent. Dadurch würde sich ein weiterer Koalitionspartner ergeben, die beim letzten Wahlgang an den 10 Prozent gescheiterten Faschisten der MHP.

Kann die HADEP kandidieren?

Durch das Herabsetzen des Wahlalters erhofft sich Refah einen Stimmenzuwachs auf 25 bis 30 Prozent. Aber die Wählerverzeichnisse müßten erneuert werden, was heißt, daß die geflüchteten Kurden aufgenommen werden müßten. Diese Stimmen würden wahrscheinlich der HADEP und den mit ihr verbündeten Friedenskräften zugute kommen. Bei den letzten Wahlen war extra zur Verhinderung des Parlamentseinzugs von HADEP die Zehn-Prozent-Hürde eingeführt worden und auf eine Neuerstellung des Wählerverzeichnisses verzichtet worden. So verpaßte trotz großer Behinderungen die HADEP nur knapp den Parlamenteinzug.

Die HADEP ist weiterhin Zielscheibe staatlicher Repression. Vor wenigen Tagen wurden 46 HADEP-Mitglieder, darunter der gesamte Vorstand, zu Haftstrafen bis zu 22 Jahren wegen des provozierten Fahnenvorfalles vom Frühjahr 1996 verurteilt. Die Staatsanwaltschaft kündigte an, daß nun ein Verbot der HADEP geprüft werden müsse. rub

Es ist Zeit für einen Frieden !

Beteiligt Euch am Friedenszug Brüssel-Diyarbakir

Die Initiative Appell von Hannover ruft zum Friedenszug auf. Bis zu 1.000 Menschen wollen sich in die kurdische Stadt Diyarbakir aufmachen und sich dort am 1. September, dem Antikriegstag, mit der Friedensbewegung der Türkei und Kurdistans vereinigen auf einem internationalen Friedensfestival.

Abfahrt am (25. oder) 26. August 1997 ab Brüssel über Köln/Bonn, Frankfurt/M., (Stuttgart), München, Wien, Budapest, Beograd, Bukarest, Sofia, Edirne, Istanbul, Ankara/Konya
Ankunft in Diyarbakir am 1. September 1997.

Rückfahrt am 2. September 1997

Kosten ca. 1.000 - 1.200 DM)

Anmeldung über:

Initiative Appell von Hannover, Postfach 35, 61440 Oberursel-Weißkirchen, Tel.: 0177 732 12 00, Fax: 06171-732 69

Wird die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) den 49. Jahrestag ihrer Staatsgründung am 9. September dieses Jahres noch erleben? Nähme mensch die Berichterstattung der bürgerlichen Mainstream-Medien über dieses Land und seine xenophobischen Staatsführer um Kim Jong-Il (55) für bare Münze, hätte die Volksrepublik als bestgehafter Anachronismus längst kollabiert und von der Bildfläche verschwunden sein müssen. Nun häufen sich kritische Stimmen ausländischer BesucherInnen (meist VertreterInnen internationaler Hilfsorganisationen), die das Land in eine Hungerkatastrophe apokalyptischen Ausmaßes schlittern sehen. Wo Rauch aufsteigt, ist bekanntlich auch Feuer.

Als Kim Il-Sung am 8.7.1994 starb, reagierten die Medien mit hektischen Analogien. Gleich den realsozialistischen Staaten Osteuropas und der Sowjetunion stünde nun auch die Erosion des „letzten stalinistischen Gulag-Staates“ auf der Tagesordnung. Der Tod des 82jährigen Kim war gewiß ein bedeutsames Ereignis. Doch er markierte keineswegs eine „Wende“ im Sinne des finalen Zusammenbruchs. Im Gegenteil. Jede Äußerung des noch in der Kim-Il-Sung-Ära vorbereiteten Nachfolgers Kim Jong-Il und weiterer Führungskader bekräftigt das Festhalten an der Juche-Ideologie (des Besinnens auf die eigenen Kräfte) und – seit 94/95 stärker denn je – an „unserer Art Sozialismus“. Weder innen-, wirtschafts- und außenpolitisch sind bisher einschneidende Veränderungen auszumachen. Innenpolitisch setzt auch die jetzige Führung auf zentralistische Machtausübung unter Führung der Partei der Arbeit und die Mobilisierung der Werktätigen durch moralisch-politische Indoktrination. Außenpolitisch ist die Abkehr von der jahrzehntelangen Position eines einheitlichen Korea noch mit Kim Il-Sungs Zustimmung zum gleichzeitigen UN-Beitritt Nord- und Südkoreas 1991 erfolgt. Und der Übergang von Konfrontation zu vorsichtiger Kooperation mit den USA begann bereits im Juni 1994, als Ex-Präsident Jimmy Carter in Pjöngjang – wenige Tage vor seinem Tod – mit Kim Il-Sung konferierte und sich beeindruckt über das Treffen zeigte. Selbst die Liberalisierung der Zusammenarbeit mit kapitalistischen Firmen geht auf 1984 zurück, als Pjöngjang das Gesetz über Joint ventures erließ.

Ökonomische Schwierigkeiten sind erstmals offiziell auf einer außerordentlichen Sitzung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit im Dezember 1993 eingeräumt worden. Von (teils dramatischer) Unterauslastung der Betriebe und Engpässen bei Öllieferungen aus China und Rußland war damals die Rede. Das Ende der Sowjetunion ließ den vormaligen bilateralen Handel gen Null schrumpfen, und selbst mit dem engsten Verbündeten China wurde der Güteraustausch fortan auf Devisenbasis umgestellt. Als Reaktion darauf gestattete Pjöngjang Staatsbe-



Nagen am realsozialistischen Hungertuch?

Nordkorea befindet sich in der tiefsten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Volksrepublik

Von Rainer Werning

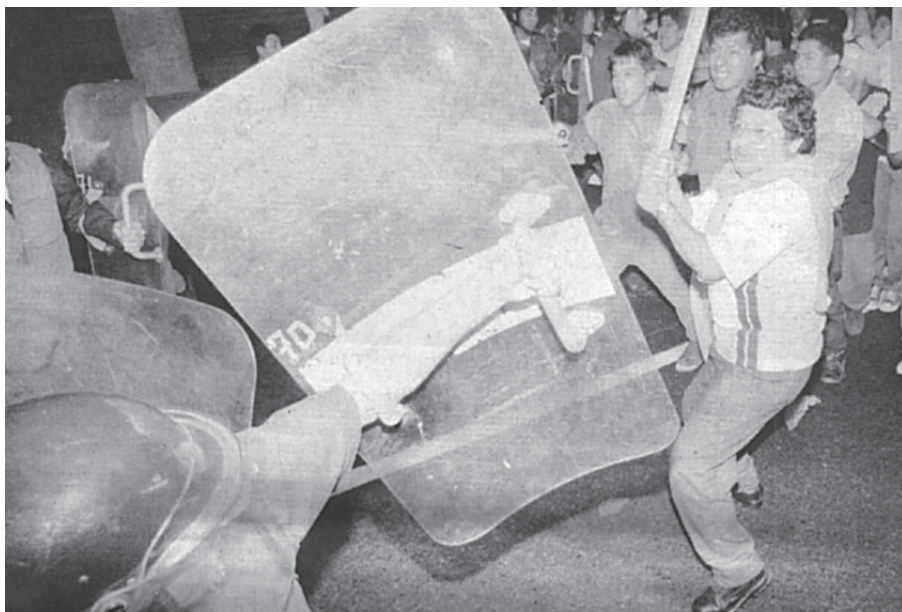
trieben, direkte Außenhandelskontakte zu knüpfen, und verstärkte seine Avancen, im nordöstlichen Grenzgebiet zu China und Rußland sogenannte Wachstumsdreiecke (z.B. in der Rajin-Sonbong-Region) mittels verstärkter Joint ventures zu schaffen. Diese Prozesse sollten just zu einer Zeit greifen, da die Volksrepublik nicht nur ungewöhnlich kalte Winter erlebte, sondern vor allem durch die verheerenden Überschwemmungen in den vergangenen beiden Jahren gebeutelt wurde. Das war ein harscher Doppelschlag, bedenkt man, daß gerade mal 20 Prozent der Landfläche für die agrukulturelle Nutzung und Ernährung der 24 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Intensive Bodennutzung, zentralstaatliches Kollektivwirtschaften und Neulandgewinnung (vor allem in und um die im Westen des Landes gelegene Hafenstadt Nampho) garantierten zwar jahrelang die ausreichende Versorgung der Bevölkerung. Doch die Grenzen dieser Landwirtschaftspolitik nahmen in Verbindung mit den Flutkatastrophen desaströse Ausmaße an. Kim Jong-Il soll auf einem geheimen Parteitreffen im vergangenen Dezember die „herzerreißenden“ Hungerszenen offen angesprochen, sich doch dagegen verwahrt haben, dafür verantwortlich gemacht zu werden. Er, so hieß es, habe stets „ökonomische Anliegen“ gemieden und sich statt dessen auf politische Führungsaufgaben konzentriert. Jedenfalls sind heute Barter-Ge-

schäfte – grenzüberschreitender Tauschhandel von Trockenfisch, Handwerkszeug, Kupfer u.a. gegen Getreide – gestattet. Auch kleine Läden, Stände, Märkte sind erlaubt – alles, was hilft, Einkommen zu schaffen bzw. aufzubessern. Große Staatsfarmen sollen in kleinere Einheiten aufgeteilt werden. Landwirtschafts- und Viehzucht-Institute versuchen neue Samensorten zu entwickeln, die zwei Ernten pro Jahr ermöglichen, ohne die Böden weiter auszulaugen. Den karg bewachsenen Bergen mit felsigem Boden soll Viehfutter abgewonnen und zur Ziegenhaltung genutzt werden.

Wie groß das tatsächliche Ausmaß von Hunger landesweit ist, bleibt bislang im dunkeln. Kolportierten Behauptungen, das Regime in Pjöngjang instrumentalisiere die Hungersnot für politische Zwecke und zum eigenen Machterhalt, ist entgegenzusetzen, daß – einmalig in der Korea-Nachkriegsgeschichte – bereits vor geraumer Zeit mit der Cargill Inc. – und Billigung aus Washington – ein Abkommen über großangelegte US-amerikanische Getreidelieferungen nach Nordkorea zustande gekommen ist. Zudem hat Pjöngjang im Rahmen der vor wenigen Wochen offiziell aufgenommenen Vierergespräche die Lieferung von Hilfsgütern zu einem dringlichen Verhandlungspunkt gemacht. Eine staatlich gelenkte, gar nur geduldete Politik des Aushungerns der Bevölkerung hätte – bei aller Kontraproduktivität – zumindest gezielten Aktionen oder gar Aufständen von Betroffenen gegen staatliche Einrichtungen Vorschub leisten müssen. Davon ist gegenwärtig ebenso wenig bekannt wie von offen ausgetragenen politischen Protestmärschen und Demonstrationen. Im Rahmen der Vierergespräche bleibt der Führung um Kim Jong-Il, der entweder am 8. Juli (dem Todestag seines Vaters) oder am 9. September (dem Tag der Staatsgründung) offiziell die Nachfolge Kim Il-Sungs als Generalsekretär der Partei der Arbeit antreten soll, eine letzte Triumphkarte. Will er sich auf Dauer empfehlen, muß ihm unbedingt eine Politik gezielter, großangelegter Hilfsleistungen gelingen. Keiner der Protagonisten und kein Anrainerstaat kann allen Emstes Interesse hegen, daß die Volksrepublik destabilisiert wird. Für alle Beteiligten wären die Risiken zu groß und die Konsequenzen möglicherweise verheerend. (Selbst Südkorea betrachtet – nicht zuletzt aufgrund immenser Kosten – die Wiedervereinigung weit aus skeptischer als noch vor Jahren und setzt eher auf die politische Stabilität/-Stabilisierung der Volksrepublik, wenngleich in südkoreanischen Think tanks der Wirtschaft auch Pläne existieren, ganz Nordkorea als Billiglohn-Hinterland zu nutzen.) Insofern mag sich die Führungsspitze in Pjöngjang einstweilen trösten. Der staatstragenden Juche-Ideologie wird ein herber Rückschlag nicht erspart bleiben.

(aus Platzgründen von der Red. gekürzt)



In der peruanischen Hauptstadt Lima protestierten Tausende gegen den diktatorisch herrschenden Präsidenten Fujimori. Dieser will mit einer Grundgesetzänderung seine dritte Amtszeit durchsetzen. Drei Verfassungsrichter, die sich dagegen aussprachen, wurden kurzerhand abgesetzt. Auch die gleichzeitig in Lima tagende Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hat harsche Kritik an Fujimori geübt. (Photo: AP)

Mexiko verlangt die Aufnahme Kubas in die OAS

Mexiko hat sich über Drohungen der USA hinweggesetzt und auf der Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) die Wiederaufnahme Kubas in den Staatenbund gefordert. Kuba war auf Betreiben der USA 1962 aus der OAS ausgeschlossen worden. Der mexikanische Außenminister Gurria sagte auf der Versammlung der OAS, die in der peruanischen Hauptstadt Lima stattfand, die Wiedereingliederung Kubas dürfe nicht mehr aufgeschoben werden. Dialog und Handel seien bessere Alternativen als Isolierung und Sanktionen. Mexiko wurde bei seiner Forderung von Brasilien unterstützt.

Kuba: Landesweite Debatte um Grundsatzprogramm

Zur Zeit findet in Kuba eine landesweite Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm der Kommunistischen Partei Kubas (KPK) statt. In Versammlungen sollen alle Kubaner, nicht nur die 1,2 Millionen Mitglieder der KPK und ihres Jugendverbandes UJC, ihre Meinung zu dem Entwurf äußern und Änderungsvorschläge einbringen. Das Dokument mit dem Titel: „Die Partei der Einheit, der Demokratie und der Menschenrechte, die wir verteidigen“ soll auf dem 5. Parteitag der KPK, der vom 8.-10. Oktober in Havanna stattfindet, verabschiedet werden.

Das Dokument geht von der Lage aus, daß die Gefahr einer militärischen Aggression zwar nicht gebannt sei, im Moment sei diese Variante aber in den Hintergrund gerückt. Statt dessen „unter-

stütze Washington jetzt auch materiell die subversiven Pläne der inneren Konterrevolution“. Der Imperialismus versuche, die Fundamente der Revolution auszuhöhlen, indem er Egoismus, Anarchie und Konsumdenken stimulierte. Dem Entgegenwirken könne nur das System der Volksmacht. Ihr Wesen beruhe auf der Fähigkeit, Irrtümer zu korrigieren und Entscheidungen zu treffen, die vom Volk mitgetragen werden. Mehrparteiensysteme der Vergangenheit waren identisch mit Ungerechtigkeit, Politikasterei, Amtsmissbrauch, Korruption und Versprechen, die nicht eingehalten wurden.

USA: Black Panther Aktivist nach 25 Jahren frei

Nach 25 Jahren ist der einstige „Black Panther“-Führer Elmer Geronimo Pratt aus der Haft freigekommen. Zusammen mit dem Indianeraktivisten Leonard Peltier war Pratt der am längsten einsitzende Gefangene in den USA.

Die Freilassung erfolgte, nachdem das kalifornische Oberste Gericht urteilte, daß „Beweismittel unterdrückt“ und „Schlüsselinformationen der Verteidigung vorenthalten“ worden waren.

Pratt war in den 60er Jahren in einem abgekarteten Mordprozeß für schuldig am Tod einer weißen Frau befunden worden. Pratt hatte für die Tatzeit eine astreine Alibi. Aber FBI, Geheimdienst, Justiz und Polizei hatten die schwarze Militanz als „singular größte Bedrohung der inneren Sicherheit“ bestimmt und die physische Eliminierung von schwarzen Aktivisten zum Programm (Cointelpro) erhoben. Nachdem sie mit Razzien, Überfällen und mißlungenen Mordanschlägen

gegen Pratt nichts ausrichten konnten, schafften sie es dann mit der fingierten Mordanklage.

Nepal: Wahlerfolge für die KP

Nepals Kommunisten haben bei den Wahlen zu 4.000 Dorfentwicklungskomitees und 56 Stadtverwaltungen deutlich zugelegt. Die Wahlkommission legte nun die Ergebnisse der Ende Mai stattgefundenen Wahlen vor. Die KP Nepals/Vereinigte Marxisten und Leninisten erhielt 47,57%, die Nationaldemokratische Partei (RPP) 12,47% und der oppositionelle Nepali Congreß (NC) 32,90%. Bürgermeister der Hauptstadt Katmandu wird künftig ein Kommunist sein. Gegenüber den Kommunalwahlen 1992 verdoppelte die KP ihren Stimmenanteil. Die KP stellt auch im Parlament mit 90 Abgeordneten die stärkste Fraktion und ist im März mit der rechten RPP ein Wahlbündnis eingegangen. Das hat sowohl innerhalb der KP wie bei den linken Gruppen im Lande zu einigen Turbulenzen geführt. Linke Gruppierungen, die sich an China und MaoTseTung orientieren, haben einen „Volkskrieg gegen das bourgeoise System“ erklärt, den sie mit militärischen Mitteln austragen.

Südafrika: 2 Millionen streikten für die 40-Stundenwoche

Nach Angaben des Gewerkschaftsverbandes COSATU haben sich 2 Millionen Menschen an einem eintägigen Generalstreik beteiligt. Die Gewerkschaften fordern die Einführung der 40-Stundenwoche, sechs Monate bezahlten Mutterschaftsurlaub, Arbeitsverbot für Minderjährige und doppeltes Gehalt an Sonn- und Feiertagen. Der Gewerkschaftsdachverband COSATU gab den Kapitalisten 2 Wochen Zeit, um auf die Forderungen einzugehen. Andernfalls werde der Arbeitskampf verschärft. Der regierende ANC hat sich solidarisch mit den Streikenden erklärt.

Bonn verweigert Visum für MRTA-Angehörige

Weil ihre Einreise in die BRD eine „Belastung der deutsch-peruanischen Beziehungen“ zur Folge haben könne, verweigert das Auswärtige Amt in Bonn Frau Maria Fernandez Roja, Mutter des MRTA-Mitglieds Rolly Rojas, das bei der Stürmung der japanischen Botschaft in Peru von den peruanischen Sicherheitskräften ermordet worden war, und Adilia Rojas, Ehefrau eines politischen Häftlings in Peru und Schwester von Rolly Rojas, die Einreisevisa. Die beiden Frauen hatten bereits feste Termine mit Abgeordneten von SPD, PDS und GRÜNEN sowie mit dem Unterausschuß für Menschenrechte des Bundestags vereinbart, um auf die Qualen der politischen Gefangenen in Peru hinzuweisen.

Zusammenstellung: hav



Demonstration am 31. Mai gegen Abschiebungen nach Ex-Jugoslawien

WIESBADEN. Auf der Innenministerkonferenz Anfang Juni wurde zwar besprochen, daß Abschiebungen in den serbischen Landesteil von Bosnien-Herzegowina „besonders sensibel“ durchgeführt werden sollen. Die Forderungen, wie sie die Demonstration am 31. Mai in Wiesbaden (siehe Bild) erneut bekräftigte, daß Abschiebungen unterbleiben müssen und die Menschen ihren Aufenthaltsort selbst entscheiden sollen, wurden abgeschmettert. Innenminister Kanther bestand zur Freude seines Amtskollegen Beckstein (CSU) darauf, daß Straftäter unter allen Bedingungen abgeschoben werden und die „Rückführung der Flüchtlinge“ sich „besonders auf Projekte im Stationierungsbereich der Bundeswehr in Bosnien konzentriert“. *baf*

PDS- Offenbach bildet „Außerparlamentarische Fraktion“

OFFENBACH. Obwohl die PDS bei ihrer erstmaligen Kandidatur 2,3% (1004 Stimmen) erzielt hat, ist sie wegen der undemokratischen 5%-Klausel nicht im Stadtparlament vertreten. Um die kommunalpolitischen Interessen im Sinne einer sozialen und solidarischen Politik außerhalb des Parlamentes dennoch kontinuierlich zu vertreten, hat die PDS eine außerparlamentarische Fraktion (APF) gebildet. In dieser Eigenschaft können sich die im Rathaus etablierten Parteien auf einen verstärkten Widerstand gegen Sozialabbau und Rotstiftspolitik gefaßt machen. Die APF der PDS versteht sich vorrangig als Sprachrohr allerer, die im Rathaus und in dieser Gesellschaft keine Lobby haben. Vorrangig erklärtes Ziel ist es, gegen unsoziale Ungerechtigkeiten und die ständige Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung, außerhalb des Rathauses eine verstärkte Öffentlichkeit herzustellen. Hierzu will die APF der PDS auch die Zusammenarbeit mit anderen Kräften und Organisationen im Sinne einer linken außerparlamentarischen Opposition suchen und fördern.

Neues Offenbach, Nr. 6, Mai/Juni 1997

Einladung für das kurdische Exilparlament abgelehnt

KÖLN. Nach mehrmaliger Beratung im Beschwerdeausschuß des Rats der Stadt Köln, wurde ein Bürgerantrag der sich für eine offizielle Einladung des kurdischen Exilparlaments durch den Rat der Stadt Köln mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. Die Grünen unterstützten das Anliegen, einen Kompromiß der Grünen schlug die SPD aus. Die Stadtverwaltung hatte eigens ein Rechtsgutachten angefertigt, in dem es u.a. hieß: „Es ist damit zu rechnen, daß dies das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Ländern bzw. das Verhältnis der Bundesregierung zu den dortigen Regierungen erheblich belasten würde. Beleg dafür ist die Tatsache, daß die türkische Regierung anläßlich früherer Tagungen des kurdischen Exilparlaments bereits auf diplomatischem Wege klargestellt hat, daß Tagungen des kurdischen Exilparlaments die Beziehungen der Türkei zu dem Gastgeberland stark beeinträchtigen würden.“

Da Köln erst vor einigen Wochen eine Städtepartnerschaft mit Istanbul eingegangen ist, wollen die Antragsteller nicht locker lassen und wollen sich jetzt für eine offizielle Einladung der Samstags-Mütter engagieren. Ein entsprechender Antrag wird jetzt ein Mitglied des Ausländerbeirates im Beirat stellen.

jöd

Auf nach Hetendorf – Nazi-Tagung verboten!

HANNOVER. Die Demonstration des Bündnisses gegen Rechts am 14. April 1997 findet auch bei Verbot der „7. Hetendorfer Tagungswoche“ statt. Die „7. Hetendorfer Tagungswoche“ soll dieses Jahr, auch nach dem Willen des Niedersächsischen Innenministeriums, nicht stattfinden.

„Daß es zu diesem Verbot kam, bewerten wir positiv, zumal in der Presseerklärung des Niedersächsischen Innenministeriums vom 2.6.1997 dieses Verbot nicht mit zu erwartenden Ausschreitungen begründet wird, sondern mit einer politischen Bewertung dessen, was bei der Hetendorfer Tagungswoche geschieht bzw. propagiert wird, nämlich daß das NS-Regime verherrlicht, die Judenvernichtung geleugnet, Rassenhaß betrieben wird.“

Da wir uns aber die Schließung des Nazizentrums in Hetendorf 13 zum Ziel gesetzt haben, halten wir es für dringend geboten, trotz des Verbots der „7. Hetendorfer Tagungswoche“ die Demonstration am 14. Juni 1997 durchzuführen, auch wenn kein einziger Nazi sich in Hetendorf aufhalten sollte! Wir wollen deutlich machen, daß wir uns mit diesem Verbot nicht zufrieden geben, sondern an unserem Ziel – die endgültige Schließung – festhalten.“

aus Antifaschistische Nachrichten



MÜNCHEN. Die bayerische Landes-Astenkonferenz führte in der vergangenen Woche eine Aktionswoche gegen die geplante Hochschulreform durch. An der Universität Augsburg organisierte die Studierenden-Vertretung am 4. Juni einen Proteststreik (siehe Bild). In Selbstbezeichnungen wie „Ich bin ein Bafög-Schmarotzer“, „Mir fehlt die Wettbewerbsfähigkeit“, „Ich schäme mich, eine unproduktive Literaturstudentin zu sein“, „Ich bin schuld an Deutschlands Wirtschaftsschwäche“ u.ä. persiflierten sie die offizielle bildungspolitische Diskussion. Die bayerischen Asten erstellten ein „Konsenspapier“, mit dem sie sich unter dem Slogan „Freie Menschen statt Leistungsvieh“ gegen ein „von Staat und Wirtschaft diktiertes Hochschulgesetz“ wenden.

baf

„Kluger Kopf“ kontra kritischen Journalismus

KÖLN. Ein Stück Nigeria liegt – zumindest zeitweilig und unfreiwillig – in Köln. Am 28. Mai fand in der Domstadt der erste Prozeßtermin gegen den langjährigen Mitarbeiter des Rheinischen Journalistenbüros Karl Rössel statt. Verläuft alles gemäß dem Willen der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, soll Rössel ein Rüffel verpaßt und dem für seine kritischen Reportagen bekannten Journalisten ein für allemal gerichtlich untersagt werden, das Metier des FAZ-Mitarbeiters Udo Ulfkotte in die Nähe von „journalistischer Prostitution“ zu rücken.

Die große deutsche Tageszeitung, hinter der laut Eigenwerbung „immer ein kluger Kopf steckt“, hatte mit Hilfe des Pressesprechers der Deutschen Shell AG, Rainer Winzenried, plötzlich große Lauscher bekommen. Denn Herr Winzenried gilt der FAZ als Hauptzeuge ihrer Anklage gegen Rössel.

Im vergangenen November hatte Rössel im Rahmen der von nigerianischen Oppositionellen mit Unterstützung örtlicher Initiativen in Köln veranstalteten zentralen Ken-Saro-Wiwa Woche (4.-12.11.96) die jüngste Nigeria-Berichterstattung der FAZ scharf kritisiert. Deren Autor Udo Ulfkotte habe nach einer von Shell organisierten und finanzierten Reise in das westafrikanische Land in seinem am 23.10.96 veröffentlichten Beitrag – Tenor: „Von Umweltschäden nichts zu sehen“ – kein Wort über eben den Umstand dieser Reise verloren. Da überdies Aussagen, die in den Berichten mitgereister Kollegen (so von der *Süddeutschen Zeitung* und *Frankfurter Rundschau*) explizit als Kommentare von Shell-Begleitern zitiert sind, bei Ulfkotte als recherchierte Fakten ohne Quelle hingestellt wurden, entsprechen dies Gefälligkeitsjournalismus für Shell. Und ein solches Vorgehen, so Rössel, käme journalistischer Prostitution gleich.

Shell und Nigeria – besser das Land der Ogoni – sind bekanntlich seit der Ermordung Ken Saro-Wiwas ein Kapitel für sich. Seitdem dieser und acht weitere Führungsmitglieder der oppositionellen MOSOP (Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes) von der nigerianischen Militärjunta ungeachtet weltweiter Proteste Ende 1995 kurzerhand hingerichtet wurden, ist für Shell, einem emsigen Schürfer nigerianischen Rohöls, Schadensbegrenzung mit Imagepflege angesagt. Um nicht länger mit dem Makel behaftet zu sein, Shell sei eine Metapher für blutiges Öl oder öliges Blut, setzte der Konzern auf kostspielige PR-Gags. So folgten denn mehrere westdeutsche Journalisten, darunter Herr Ulfkotte, einer Einladung des Shell-Konzerns und jetteten nach Westafrika. In Nigeria selbst gab es eine arrangierte Rundreise,

die vor allem aus Helikopter-Flügen über das ausgedehnte Nigerdelta – eben das Land der Ogoni – bestand, wo seit vier Jahrzehnten landesweit der Löwenanteil des schwarzen Goldes gefördert wird. Ohne Rücksicht auf die Umwelt und mit nachhaltigen Schäden für Mensch, Tier und Pflanzen, wie Ökologen mehrfach eindrücklich belegt und angeprangert haben. Doch was Shell recht ist, ist den nigerianischen Machthabern geradezu billig. Sie profitieren nicht schlecht vom Geschäftsgebaren des Konzerns.

In diesem Sinne ward dem Kalkül der Ölmächtigen durchaus Erfolg beschieden. Jedenfalls was die FAZ betraf. Udo Ulfkotte schrieb in seinem o.g. Beitrag: „Viele der Lecks, so ist zu erfahren, seien von Einheimischen verursacht worden, die dafür Schadenersatz von dem Ölunternehmen fordern.“ Die Mär vom leckschlagenden Neger, der überdies nach Knete giert, las sich in der Berichterstattung des Ulfkotte begleitenden *FR*-Journalisten Wolfgang Kunath freilich anders: „Die Behauptung“, so Kunath, „die Ogoni hätten die Shell-Einrichtungen zerstört, ist der eine Pfeiler, auf den sich die Verteidigung der Ölfirma gründet. Der andere ist der Vorwurf der Sabotage: Die Ogoni demolierten, um Schadenersatz kassieren zu können.“

Britische Journalisten, die ohne jedwedes Mäzenatentum und ohne offizielle Einreisegenehmigung und unter erheblichen persönlichen Risiken eigenständig im Ogoni-Land recherchiert hatten, gingen mit dem Filz aus Öl- und Militärmacht weitaus harscher ins Gericht.

Just einen Monat nach der Kölner Veranstaltung flatterte Rössel eine einstweilige Verfügung ins Haus, wodurch ihm untersagt werden sollte zu behaupten, „der

Berichterstatte der FAZ sei bei seiner jüngsten Reise nach Nigeria für seine firmenfreundliche Berichterstattung von Shell geschmiert worden“ und „die FAZ habe sich damit für Shell prostituiert“. Gegen den eingelegten Widerspruch von Rössel reichten die FAZ und Herr Ulfkotte im Januar Klage beim Landgericht Köln ein.

Diese richtet sich keineswegs gegen Beiträge zum Thema, die der streitbare Journalist im WDR, im Deutschlandradio, im SWF oder in der Januarausgabe der Zeitschrift *konkret* veröffentlichte. Es geht den Klägern einzig um des Angeklagten Ausführungen im Rahmen der Kölner Ken-Saro-Wiwa-Woche. Da auf dieser Veranstaltung keine VertreterIn der FAZ, wohl aber Rainer Winzenried als Pressesprecher der Deutschen Shell AG war dürfte letzterer die inkriminierten Passagen der Rössel-Rede der FAZ gesteckt haben, um die jetzt Köln anhängige Klage gerichtlich zu klären. Mensch darf gespannt sein, wenn der Hauptzeuge der Anklage – ausgerechnet ein Shellianer im Tandem mit FAZlern – aufs ehrenwerte Gerichtsparkett tritt.

Als Blatt – vor dem kluge Köpfe keineswegs kuschen – schulden wir es unseren LeserInnen, ja nicht zu langweilen. So geben wir, bevor sich der Vorhang nach dem Ersten Akt senkt, Euch/Ihnen denn heute noch ein Lesehäppchen mit auf den Weg, das des Klägers Klagelied kläglich klingen lassen mag. Präsentiert hat es kein Geringerer als der nigerianische Literatur-Nobelpreisträger Wole Soyinka. Dieser hatte, übrigens vermittelt durch Rössel, Herrn Ulfkotte ein Interview gegeben, das am 15.11.96 in der FAZ erschien. Was letztlich daraus ge(macht)-worden war, erzählte der Literat vier Monate später einer anderen Zeitung – diesmal der *Zeit* (21.3.97). Soyinka gegenüber der Hamburger Wochenzeitung: „Dieser Mann, der für die FAZ arbeitet, hat mit mir ein Interview gemacht. Darin stand dann das Gegenteil von dem, was ich gesagt hatte. Da hieß es plötzlich, ich hätte eingeräumt, daß Shell sich im Nigerdelta und gegenüber dem Volk der Ogoni nun korrekt verhalte. Kurz gesagt, ich würde Shell freisprechen. Das ist für mich eine solche Entstellung meiner Aussagen, daß ich jetzt überlege, wie ich dagegen vorgehe.“

Nur zu Herr Soyinka, bitte übernehmen Sie! In aller Namen, die Kirche bliebe im Dorf, Rössel ein kecker Kölsch Bursch, die FAZ am Frankfurter Main und bundesdeutsche Amtsstuben von profanem Ballast befreit. Die Sprache erst – gewiß genösse sie und mensch gönnte ihr jenseits juristischer Diktion so manche Sternstunde!

Rainer Werning

Veranstaltung

„Wieviel Umweltschäden im nigerianischen Ogoniland sind aus einem Hubschrauber der Shell AG zu erkennen? Der Shell-Konzern und die bundesdeutsche Nigeria-Berichterstattung“.

Dienstag, 1. Juli 1997, 19.00 Uhr, Großer Saal des KOMED im Kölner Media Park. Sämtliche Beteiligten sind - nach Vorführung zweier Filme zur Podiumsdiskussion eingeladen worden!

Veranstalter: Media Watch, Heinrich-Böll-Stiftung e.V., IG Medien Fachgruppe Journalismus, Dritte Welt JournalistInnen-Netz, Melanchthon-Akademie Köln, FilmInitiative Köln e.V., Anti-Shell-Bündnis/Kölner Südafrika-Komitee.

Infos: Media Watch, Brückenstr. 5-11, 50668 Köln, Tel. 0221-20711-33, Fax: -51.

Die Bahnprivatisierung und ihre Folgen

„Ich habe den Eindruck, daß Sie glauben, die DB ist gar nicht mehr am Bahnverkehr interessiert.“

(Prof. Bernstein, DE-Consult, Projekte-21-Manager)

„Überzeugen Sie uns vom Gegenteil“
(OB Widder).

Die Bahnprivatisierung und deren Folgen für die Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgabe der Bahn waren Thema einer sehr informativen Diskussionsrunde der PDS-Basisorganisation Mannheim mit Winfried Wolf (MdB, PDS) und Michael Steinfatt (Verein für fahrgastorientierte Verkehrsplanung). Anlaß waren die DB-Pläne zu „Mannheim 21“.

Winfried Wolf verwies auf die negative Bilanz der Bahnentwicklung seit der Privatisierung: sinkende Fahrgastzahlen, Halbierung des Güterverkehrs (nicht zuletzt auch durch die Verlegung sämtlicher Posttransporte auf Straße und in die Luft), 11.000 Streckenkilometer stillungsgefährdet – die Bahn will sich aus der unprofitablen Fläche zurückziehen. Der Zuschußbedarf ist gestiegen. Die Planungen des Bahnmanagements konzentrieren sich auf den Fernverkehr für Geschäftsreisende. Tatsächlich aber sind 90% aller Beförderungsfälle solche des Nahverkehrs.

Vor allem aber konzentriert sich das Bahnmanagement auf die Vermarktung einer Mitgift aus Staatsbahnzeiten: Immobilien. „Das 41.000 Kilometer lange Schienennetz ist als Immobilie pures Gold“ (Focus 43/93). Die „Projekte 21“ in Großstädten mit entsprechend großen Bahngeländen sind die Umsetzung. So auch die Stadt Mannheim. Verwertung von „nicht mehr bahnotwendigen“ 10 ha Grundstücken stehen hier zur Disposition. Zur Abwicklung des Verkehrs reichen im Bereich des Hauptbahnhofes Mannheim künftig laut DB acht Gleise mit Fahrgastbahnsteigen und drei Durchgangsgleise für den Güterverkehr.

Michael Steinfatt zog diese Kalkulation der Bahn AG entschieden in Zweifel. Der künftige Personennahverkehr in Verzahnung mit dem Fernverkehr brauche in Mannheim mit (wissenschaftlich noch zu beweisender) Sicherheit mehr als acht Gleise. Außerdem müssen Ausweich- und, für spätere Zeiten, Erweiterungsreserven gesichert werden. Eine Reduzierung der Gleise erzwingt eine Fahrplangestaltung mit versetzten Zughalten und längeren Anschlußwartezeiten. Notwendig sei ein „integrierter Taktfahrplan“ mit möglichst vielen gleichzeitigen Zughalten und direkten Umsteigemöglichkeiten – ein Konzept, das die Bundesbahn selbst entwickelt hatte und das die Bahn AG bei „Stuttgart 21“ bereits fast schon wieder begraben habe.

Im Hauptausschuß des Gemeinderats: Dosierte Skepsis

Am 15.4. befaßte sich nun der Hauptausschuß des Mannheimer Gemeinderats mit den „Mannheim 21“-Plänen der Bahn Aktiengesellschaft. Die anfängliche Euphorie ist inzwischen bei allen Parteien merklich zurückgegangen. Das liegt zu einem guten Teil in den schlechten Erfahrungen begründet, die Stadtverwaltung und Gemeinderat in den letzten 10 Jahren mit der Bundesbahn gemacht haben. Seit dieser Zeit nämlich versuchte die Stadt, von der Bahn nicht mehr benötigtes Gelände zu bekommen,



KÖLN. Der Euromarsch endet am kommenden Wochenende mit einer großen Abschlußkundgebung in Amsterdam.
Bild: Euromarsch in Köln.

um städtebauliche „Akzente“ in der Bahnhofsumgebung setzen zu können – vergeblich.

Nun also will die Bahn AG zur großen Tat schreiten, den Bahnhof modernisieren und das durch Immobilienverkäufe finanzieren. Ca. 300 Mio DM will sie für die 10 ha Erlösen, d.h. sie rechnet mit einem Quadratmeterpreis von 3.000 DM.

OB Widder und der Baudezernent stellten demgegenüber folgende Forderungen auf:

Die Zukunft des Verkehrsknotens Mannheim dürfe nicht blockiert werden. Daher komme eine vollständige Verbauung der 10 ha nicht in Frage; eine Reserve müsse zur Vermeidung einer Nadelöhrbildung offen gehalten werden. Die Gestaltung des Bahnhofes müsse offengehalten werden für eine Entwicklung des S-Bahn-Verkehrs. Der S-Bahnverkehr müsse als einheitliches Angebot „erlebbar“ sein und vom Fernverkehr deutlich getrennt werden. Der Güterverkehr müsse deutlich vom Personenbahnhof getrennt werden.

Die Bebauung der Freiflächen dürfe nicht als Monokultur unter reinen Verwertungs- oder nur städtebaulichen Gesichtspunkten ausgestaltet werden. Es müsse zu einer Funktionsmischung kommen aus Wohnen, Einkaufen, Dienstleistungen.

Zur Finanzierung erwartet die Stadtverwaltung eine wesentliche Beteiligung des Landes sowie der Bahn AG hinsichtlich der Erschließungskosten für ihre Liegenschaften. Die Stadt will zunächst eine Eisenbahnbetriebsuntersuchung hinsichtlich der Frage, ob acht Gleise ausreichen, erstellen lassen. Ferner sollen eine Umweltverträglichkeits-, eine Altlasten und eine Einzelhandelsuntersuchung durchgeführt werden. Auf dieser Basis solle dann ein Grundlagenvertrag mit der Bahn abgeschlossen werden. Hierbei strebe die Stadt eine gemeinsame Planungs- und Verwaltungs-GmbH

mit der DB an, obwohl diese hiergegen Bedenken geäußert habe.

Man konnte bei der anschließenden Diskussion im Hauptausschuß den Eindruck gewinnen, daß sich der Mannheimer Gemeinderat nicht so abenteuerlustig zeigt wie z.B. die Stuttgarter Gemeinderatsmehrheit. Es ist jedoch noch überhaupt nicht absehbar, wie die Stadt, selbst wenn sie wollte, der Macht der Aktienbahn begegnen will,

wenn sie sich erstmal vertraglich mit der DB ins Boot setzt. Der Verwertungsdruck ist – wie oben dargelegt – riesig. Grünflächen, unbebaute Räume, Wohnen – damit dürften die Profiterwartungen der Bahn nicht erfüllbar sein; es sei denn, die Stadt legt zu.

Die ganze Diskussion wird einheitlich unter dem Motto geführt: „Große Chancen – setzen wir sie um“. Die Investivkraft der Stadt ist jedoch bekanntlich fast Null.

Zuerst ist demnach die Frage zu beantworten: Was sind denn die derzeitigen Hauptaufgaben der Kommunalpolitik? Was geschieht z.B. gegen die vorhandene Massenarbeitslosigkeit?

Was überhaupt nicht diskutiert wird ist die Frage: Wie müßte die Stadt vorgehen, um die planungsrechtliche Hand über viele Jahre auf den von der Bahn nicht mehr benötigten Grundstücken zu halten, bis entweder die Stadt in der Lage, selbst zu investieren oder bis sich Investoren finden, die bereit sind, Einzelprojekte zu finanzieren, die sinnvoll sind und auf demokratischer Willensbildung beruhen?

Die Stadt darf sich von der profitorientierten Aktienbahn nicht überrollen lassen. Das erfordert einen öffentlichen Diskurs. Die PDS Mannheim will sich hier nach Kräften engagieren. *tht*

Weiter auf dem Pfad rechtsaußen

STUTTGART. Er sagt nicht: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“, er sagt, die Deutschen sollen „selbstbewußt auftreten“; er ist auch für „Vaterlandsliebe“ und „Achtung der deutschen Wehrmacht“: Wolfgang Freiherr von Stetten wurde am 23. Mai auf dem Jahreskongreß des Studienzentrums Weikersheim zum neuen Präsidenten gewählt. Er folgt damit Hans Filbinger nach, dem gerichtlich bestätigt wurde, daß man ihn als „furchtbaren Juristen“ bezeichnen darf, weil er als Marinerichter sogar noch Tage nach der Kapitulation der Nazidiktatur Todesurteile unterzeichnete und bei der Exekution des Marinesoldaten Gröger dabei war.

In der Presse war die Hoffnung angedeutet worden, das Studienzentrum Weikersheim könne sich durch den Führungswechsel von einer rechten Kaderschmiede zu einer achtbaren demokratischen Institution entwickeln. In der Vergangenheit wurde immer wieder öffentlich bekannt, daß sich in Weikersheim Vertreter der Konzerne, konservative Politiker und Amtsträger und bekannte Vertreter der faschistischen Ideologie und des Revanchismus zu Vorträgen, Seminaren und Tagungen treffen. REP-Chef Schlierer war in Weikersheim, bis dies öffentlich angeprangert wurde. Von Stetten hatte angekündigt, er werde dem Studienzentrum eine „liberal-konservative und pro-europäische Ausrichtung“ geben. In seiner Antrittsrede zeigte er dann aber gleich, wes Geistes Kind er ist. Zur Ausstellung über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht sagte er: „Wir treten dagegen auf, daß 16 Millionen deutsche Soldaten des Zweiten Weltkrieges,

von denen fünf Millionen gefallen sind, in Ausstellungen pauschal als Verbrecher dargestellt werden“ – denn bei Kriegsgreueln solle man nicht „immer nur auf die Deutschen“ schauen.

Nach seiner Wahl wurde von Stetten von „Sonntag aktuell“ interviewt. Da wiederholte er seinen Vorwurf, die Medien würden einen böswilligen Verleumdungsfeldzug gegen das Studienzentrum und seinen Vorgänger Hans Filbinger führen. Dieser sei sein „väterlicher Freund“ und eine positive politische Figur in Deutschland. Nicht Filbinger habe Unrecht getan, sondern ihm sei viel Unrecht angetan worden. Das Image der Studienstiftung als „Crème der deutschen nationalen Szene“ sei falsch: „Wir sind national, aber nicht nationalistisch und erst recht nicht nationalsozialistisch.“ Auf alle Vorhaltungen, z.B. über die Zusammenarbeit mit Leuten, die in Zeitschriften publizieren, die nationalistische Agitation gegen Ausländer betreiben, antwortete von Stetten mit Gegenangriffen auf Antifaschisten und Linke. Auf die Frage, ob er denn dann überhaupt einen Richtungswechsel in Weikersheim wolle, antwortete er ausweichend: „Ich will Weikersheim moderner machen.“ „Liberal-konservativ“ nennt er das. Wenn also eine Änderung in Weikersheim zu erwarten ist, dann höchstens in der Ausdrucksweise, die politische Richtung wird bleiben.

Über Schlierer (heute Parteivorsitzender REP und MdL im baden-württembergischen Landtag) sagte von Stetten, der habe sich in Weikersheim eingeschlichen und sei ausgeschlossen worden.

Aber Schlierer antwortete höhnisch in einem Leserbrief: „Ich bin Mitte der achtziger Jahre auf Wunsch des seinerzeitigen Präsidenten Hans Karl Filbinger zunächst in das Kuratorium und dann in das Präsidium des Studienzentrums Weikersheim berufen worden. Seinerzeit gehörte ich keiner Partei an. Einen Herrn von Stetten gab es damals in den Gremien von Weikersheim nicht. Erst im Jahre 1989 wurde ich aus dem angeblich überparteilichen Studienzentrum mit der Begründung ausgeschlossen, daß Republikaner die Wahlerfolge von CDU-Kandidaten gefährden würden. Von einem Einschleichen kann daher nicht die Rede sein.“

Von Stetten beruft sich bedauerlicherweise zu Recht auf die Protektion der höchsten Stellen im Lande. So hat Ministerpräsident Teufel unmittelbar nach seiner Wiederwahl im Herbst 1994 und als Chef der neuen CDU/FDP-Regierung eine Tagung des Studienzentrums Weikersheim im Haus der Wirtschaft eröffnet. Jetzt, beim Jahreskongreß 1997 in Weikersheim, dankte Teufel in seiner Rede dem Studienzentrum für dessen „Beitrag zur geistigen Fundierung der Gesellschaft“. Von Stetten kommentiert: „Das ist eine Demonstration der Landesregierung, daß sie sich Weikersheim nicht von selbsternannten Moralaposteln madig machen läßt.“ Leider ist dies auch eine Demonstration der geistigen Fundierung des Ministerpräsidenten und der Landesregierung.

Und darum steht immer noch als Aufgabe: Den Knoten zwischen Konservatismus und Faschismus zerschlagen! *ulk*

POTSDAM. Etwa 8.000 Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Studierende und Schülerinnen und Schüler demonstrierten am 3. Juni vor dem Brandenburgischen Landtag gegen den drohenden Abbau von Lehrerstellen und gegen fortschreitende Einschränkungen im Bildungs- und Erziehungsbereich. Aufgerufen hatte das „Bündnis für eine bessere Bildung in Brandenburg“, das damit noch vor den Beratungen der Brandenburger Landesregierung am 17. Juni über die Eckwerte des neuen Haushalts seinen Protest vorbringen wollte. Nach Angaben der GEW, die einen wesentlichen Anteil an der Aktion hatte, bedeuten allein die für 1998 geplanten Kürzungen im Schulbereich in Höhe von 70 Millionen DM den Abbau von weiteren 600 bis 800 Lehrerstellen. Die Demonstration sei nur der Auftakt von einer ganzen Serie weiterer Protestaktionen, so GEW-Landesvorsitzender Günther Fuchs. Auch Sprecher der Gewerkschaft ÖTV, der Landesschülersprecher und PDS-Fraktionschef Lothar Bisky kritisierten den Bildungsabbau der Landesregierung sowie die Kürzungen bei den Kindertagesstätten.



rül



Bereits zum zweiten Mal demonstrierten Tausende von Beschäftigten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) in Berlin für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Der Protest richtet sich gegen einen Gesetzesentwurf des Bundesrates, wonach die BfA – analog der AOK – in regionale Versicherungsanstalten mit unterschiedlichen Beitragsätzen zerlegt werden soll, was nicht nur die Zerschlagung einer weiteren Säule des Sozialversicherungssystems, sondern auch den Wegfall von bis zu 15.000 Arbeitsplätzen in Berlin zur Folge hätte. Bild: Im Anschluß an eine Personalversammlung am 3.6. marschierten 9.000 Beschäftigte der BfA durch die Innenstadt. (har)

TON

„Sozialrecht darf nicht zum Ausgrenzungsrecht werden“

Am 23. Mai wandten sich Stadträtinnen und Migrantenpolitiker/innen der PDS in Berlin mit einer Erklärung gegen ausländerfeindliche Bestrebungen an die Öffentlichkeit:

Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, weil wir mit großer Sorge die Bestrebungen der Bundesregierung und des Berliner Senats verfolgen, das Sozialrecht für Ausländer und Flüchtlinge zu verschärfen und die Sozialpolitik insgesamt zum Instrument einer Ausgrenzungs- und Verdrängungspolitik zu machen. Dies gilt um so mehr, als mit der Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes, die zum 1. Juli in Kraft treten soll, Leistungsbeschränkungen auch auf weitere Migrantengruppen ausgeweitet werden. Dabei wird es nicht bleiben. Denn im Rahmen der neuen Rechtsverordnung zum Bundessozialhilfegesetz soll das dem AsylbLG entnommene Sachleistungsprinzip nunmehr auch auf deutsche Leistungsempfänger ausgedehnt werden.

Die erheblichen Aufwendungen des Landes Berlin für die Bürgerkriegsflüchtlinge sind nicht, wie die CDU mit z. T. manipulierten Zahlen weismachen will, durch die Flüchtlinge zu verantworten. Diese Kosten sind nicht zuletzt durch die Vorschriften des AsylbLG bedingt, das die Unterbringung der Flüchtlinge in kostenintensiven Gemeinschaftsunterkünften vorschreibt und die Unterbringung in kostenärmeren Wohnungen stark einschränkt.

Um eine vertrauensvolle Arbeit der Sozialämter zu gewährleisten, dürfen die durch die Senatsverwaltung für Inneres betriebenen Einschränkungen des Datenschutzes nicht hingenommen werden. Die Behörden müssen ohnehin ... Identifizierungsdaten von Ausländern

übermitteln, bei denen offensichtlich nicht die erforderliche Aufenthaltsgenehmigung bzw. Duldung vorliegt oder ein Verstoß gegen die räumliche Aufenthaltsbeschränkung ersichtlich ist. Was jetzt verlangt wird, ist jedoch die Mitwirkung an einer Denunziations- und Abschiebekampagne. Mitarbeiter/innen sind jedoch keine Hilfspolizisten. Wir warnen zugleich davor, daß die gegenwärtige Kampagne genutzt wird, auch den Datenschutz für Deutsche weiter einzuschränken.

Insbesondere weisen wir die ständigen Einmischungsversuche des CDU-Innensenators Schönbohm in die Sozialhilfepolitik der Berliner Bezirke zurück. Es muß endlich Schluß damit gemacht werden, spektakuläre Einzelfälle von Sozialmißbrauch mit dem Ziel einer generellen Leistungseinschränkung für Deutsche und Migranten hochzuspielen. Der Innensenator muß sich die Frage gefallen lassen, ob diese Kampagne auf dem Rücken deutscher und nichtdeutscher Sozialhilfeempfänger und der Sozialämter nicht nur von gravierenden Problemen seines Amtsbereichs ablehnt, wie der Wirtschaftskriminalität, die im vergangenen Jahr um 44% zunahm und einen Schaden von rund 1 Milliarde DM anrichtete.

Es ist Ausdruck von innenpolitischer Dekadenz, Stimmungen gegen Bettler, Obdachlose, Flüchtlinge und Sozialhilfeempfänger zu schüren, wenn Berlin immer mehr zum Ort des massenhaften Mißbrauchs ökonomischer Macht durch kriminelle Nadelstreifen-Täter wird.

Dr. Gisela Grunwald, Sozialstadträtin, Bezirksamt Pankow • Ellen Hornfeld, Sozialstadträtin, Bezirksamt Lichtenberg • Dr. Uwe Klett, Sozialstadtrat, Bezirksamt Hellersdorf • Cornelia Reinauer, Sozialstadträtin, Bezirksamt Marzahn • Karin Hopfmann, MdA, PDS • Gijasettin Sayan, MdA, PDS • Marian Krüger, PDS-Landesvorstand Berlin. (geringfügig gekürzt)

Zorn wächst

15.000 bis 20.000 protestierten in Erfurt gegen Kommunalabgaben

Von Eckhard Bauerschmidt

Bereits zum dritten Mal in den letzten Monaten rief die Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben zum Protest auf. Hintergrund sind horrenden Beiträge für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur und steigende Gebühren. Doppelt so viele Teilnehmer als zur Kundgebung im Herbst vergangenen Jahres, heftige Kritik an der Landesregierung, konkrete Forderungen und eine differenzierte Bewertung der Parteien, bei dem die PDS mit ausdrücklichem Lob und viel Beifall für ihr kommunalpolitisches Engagement bedacht wurde, prägten die Kundgebung am 25. Mai in Erfurt

Der Domplatz sah 15.000 bis 20.000 Thüringerinnen und Thüringer aus allen Regionen, unter ihnen Mitglieder der PDS-Landtagsfraktion, die ihren Protest gegen eine verfehlte Bundes- und Landespolitik zum Ausdruck brachten, die die Kommunalabgaben permanent ansteigen läßt. In immer mehr Thüringer Familien wächst die Angst, von Haus und Hof vertrieben zu werden, weil von Kommunen und Zweckverbänden erlassene Beitrags- und Gebührenbescheide unbezahlbar werden. Zunehmend fühlen sich auch Klein- und mittelständige Unternehmen in ihrer Existenzgrundlage bedroht, da Anschlußbeiträge für Wasser- und Abwasseranlagen, Straßenausbaubeiträge und gepfefferte Gebühren für Müll, Wasser und Abwasser ihren finanziellen Spielraum weit übersteigen.

Heftig kritisiert von Claus Möller, dem Vorsitzenden der Bürgerallianz, war vor allem die Tatsache, daß die Thüringer bei 70% des Westeinkommens und mehr als

doppelt so hoher Arbeitslosigkeit zwei Drittel der Investitionskosten im Wasser- und Abwasserbereich zu bezahlen haben, während in den alten Bundesländern der Bürgeranteil in der Regel bei einem Drittel dieser Kosten lag. Daß unter diesem Aspekt die Forderung von Innenminister Dewes (SPD), die Zweckverbände anzuhalt, auch mittels Vollstreckung alle Einnahmemöglichkeiten erst auszuschöpfen, ehe sie mit Landeshilfe rechnen können, auf schärfsten Protest stößt, läßt sich denken und nährt das Vorurteil vom arroganten Wessi, der keine Ahnung hat und gegenüber den Problemen im Osten jedes Verständnis missen läßt. Daß die Vollstreckung keine leere Drohung ist, sondern Realität, haben die Bewohner der Eisenacher Stresemannstraße erfahren müssen, wo nach den Worten Möllers Bürger ihr Konto um bis zu 12.000 DM erleichtert oder gänzlich gesperrt vorgefunden haben.

Stopp aller Vollstreckungsmaßnahmen war deshalb eine der Hauptforderungen. An der Durchsetzung dieses Punktes, so war zu hören, will man auch die Ernsthaftigkeit der Angebote des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag, Christian Kröckert, messen, der sich zwei Tage vor der Kundgebung veranlaßt sah, sich mit durchaus bedenkenswerten Ansichten zu den Kommunalabgaben in Thüringen zu äußern und zum ersten Mal auf die Forderungen der Allianz, wenn auch nur teilweise, einzugehen.

Forderungen der Bürgerallianz waren:

- Begrenzung der Beiträge für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur auf durchschnittlich 5.000 DM je Eigenheim;
- Gesetzliche Gebührenbegrenzung auf 8,80 DM je qm für Wasser und Abwasser einschließlich der Grundgebühr und der Mehrwertsteuer;
- Unzulässigkeit der Erhebung rückwirkender Beiträge;
- Keine Vorauszahlungen.

Der weitere Weg der Bürgerallianz, deren politisches Spektrum sehr breit gefächert ist, PDSler und die eine neue Chance witternde DSU organisieren vielfach den Widerstand vor Ort gemeinsam, scheint nach den Worten von Claus Möller zweigleisig zu verlaufen. Einerseits soll die Allianz so wie bisher weiterarbeiten, andererseits wollen namhafte Vertreter des Vorstandes mit der Bildung des „Volksinteressenbundes Thüringen“ als Freie Wählergemeinschaft zu Kommunal- und Landtagswahlen antreten. Ob dies der richtige Weg ist, wird sich zeigen. Der Beifall jedenfalls, mit dem die Mitglieder der PDS-Landtagsfraktion, unter ihnen der Vizepräsident des Landtages, Dr. Roland Hahne, von den Kundgebungsteilnehmern begrüßt worden sind und die Übereinstimmung in wesentlichen Forderungen zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes ließen wohl auch andere Optionen zu. **Eckhard Bauerschmidt ist Mitarbeiter des Kommunalpolitischen Forums Thüringen.**

WAHLRECHT: Kiel/Bonn.

Schleswig-Holstein will mit einer Bundesratsinitiative das kommunale Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Ausländer erreichen. Die rot-grüne Landesregierung teilte mit, das Vorhaben werde von Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Sachsen-Anhalt unterstützt. Die Innenminister von Brandenburg und Rheinland-Pfalz befürworten das Vorgehen ebenfalls. In Hamburg hat sich der Ausländerbeauftragte Apel (SPD) für die Initiative ausgesprochen. Bayerns Innenminister Beckstein (CSU) lehnt den Vorschlag ab.

GEWERBEKAPITALSTEUER: Hamburg.

Auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages am 5.6. hat Bürgermeister Vöschner bekanntgegeben, daß Hamburg einen Antrag in den Bundesrat eingebracht hat, der für die Abschaffung der Gewerbesteuer eine Umsatzsteuerbeteiligung von 2,3 % für die Gemeinden vorsieht. Außerdem soll die Gewerbeertragssteuer in der Verfassung abgesichert werden. Als 1. offizieller Redner der PDS auf der Versammlung forderte Bürgermeister Harzer aus Hildburghausen zusätzlich einen Ausgleich für die 3,5 Milliarden DM, die den Ost-Kommunen wegen Nichterhebung der Gewerbesteuer seit 1991 verloren gingen. Nach zähem Ringen bietet Finanzminister Waigel inzwischen statt 2,1 % Anteil an der Mehrwertsteuer nun 2,2 % an, verlangt allerdings, daß sich die Länder beteiligen.

ENERGIEWIRTSCHAFT: Köln.

Der scheidende Präsident des Deutschen Städtetages, Seiler (CDU), hat kritisiert, daß den Kommunen durch die beabsichtigte Novellierung des Energiewirtschaftsrechts ihre Verantwortung für die Energieversorgung „im Eiltempo“ entzogen werden solle. Die Gemeinden würden der Übermacht z. B. der französischen EdF ausgeliefert, das durch ein Alleinabnehmersystem geschützt sei, welches die deutschen Kommunen nach dem neuen Entwurf nicht mehr anwenden dürften. Inzwischen haben Politiker der Koalitionsfraktionen als Reaktion auf die Kritik von Kommunen, Umweltverbänden und Opposition Änderungen am Entwurf angekündigt.

RETTUNGSDIENST: Pinneberg.

Nach einem von den Krankenkassenverbänden in Auftrag gegebenen Gutachten soll der Rettungsdienst für das an der Hamburger Landesgrenze gelegene Schenefeld zukünftig von Pinneberg statt von Hamburg aus abgedeckt werden. Nach Ansicht der Vertreter des zuständigen Kreisausschusses ist aber vom Krankenhaus die gesetzliche Zwölf-Minuten-Frist nicht einzuhalten, eine Verlegung der Rettungswache erscheint un-

möglich. Der Ausschuß fordert, die Versorgung weiterhin von Hamburg aus sicherzustellen. Dies ist vertraglich jedoch nicht gesichert.

MUSTERPROZESS: Berlin.

Mindestens 30 ostdeutsche Stadtwerke wollen nun doch einen Musterprozeß wegen überhöhter Strompreise anstrengen. Das Verbundunternehmen Veag (gehört RWE, Preussenelektra, Bayernwerk) hat ihrer Meinung nach so 3,5 Milliarden DM Zusatz-Gewinn eingesackt. Einen Kompromißvorschlag der Wirtschaftsministerien in Bonn, Potsdam und Erfurt, der eine erneute Überprüfung der Preise durch einen neutralen Gutachter vorsah, hat die Veag jetzt abgelehnt.

VERNETZUNG: Potsdam.

Am 3. Juni hat sich ein landesweites Aktionsbündnis von Bürgerinitiativen in Brandenburg gegründet. Damit sollen Kräfte, Aktivitäten, Erfahrungen und Kompetenzen gebündelt werden, „um sich gegen bürgerunfreundliche, unökologische, verkehrsplanerisch unsinnige und maßlos teure Verkehrs- und spezielle Straßenplanungsvorhaben des Landes und des Bundes zu wehren“.

ABSCHIEBEHINDERNIS: München.

In einem offenen Brief fordert die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – Rosa Liste den Oberbürgermeister auf, den Rechtsschutz für bosnische Flüchtlinge wieder herzustellen. Das Kreisverwaltungsreferat hatte nämlich dem Verwaltungsgericht mitgeteilt, daß es nicht mehr in allen Fällen bis zur gerichtlichen Entscheidung warten will. Gleichzeitig bekommen Flüchtlinge, deren Ausreisetermin verstrichen ist, keine Verlängerung des Ausreisetermins mehr, obwohl sie im Eilverfahren – das ca. vier Wochen in Anspruch nehmen kann – vor Gericht stehen. Die Grünen sehen darin eine Kriminalisierung und Verunsicherung der Betroffenen und drängen darauf, diese Maßnahmen des Kreisverwaltungsreferats rückgängig zu machen.

GEGEN AUSGRENZUNG: Hamburg.

80 Mitglieder des „Bündnisses gegen Armut und Ausgrenzung“ haben bei der Festveranstaltung des Deutschen Städtetages mit Trillerpfeifen und Topfschlägen gegen die „Strategen von Ausgrenzung und Vertreibung“ demonstriert. Auf der Diskussionsveranstaltung des DST waren vor allem Vöschner („Mut zum wehrhaften Staat“) und der Münchner Referent Uhl mit rigiden Vorstellungen zum Vorgehen gegen Drogensüchtige, „kriminelle Ausländer“, „Störer“, „Pöbler“ und „Penner“ (Uhl) hervorgetreten. Andere Städtevertreter sprachen sich mehr für sozial-, jugend- und kulturpolitische Angebote als Präventionsmaßnahmen aus.

Zusammenstellung: baf

DER GROSSE DEAL:

4,5 von 11 Mrd US-Dollar für Curt Engelhorn, was für die Belegschaft und die Region? Für die Kleinigkeit von 11 Mrd. US\$ kaufte, lt. Presseberichten nach zwei bis dreiwöchigen Verhandlungen, der Hoffman-La Roche-Konzern die Corange Ltd auf den Bermudas, Holding von Boehringer Mannheim. Damit setzt sich der internationale Konzentrationsprozeß in der Pharmabranche mit einem neuen Höhepunkt fort. Hoffmann-La Roche, bisher schon nicht gerade abstinent mit Einkäufen im Wert von ca 10 Mrd DM, übertrumpfte die Ehen Glaxo/Welcome, Hoechst/Marion Merrell Dow und Ciba Geigy + Sandoz = Clariant. Gezahlt wird fast gänzlich aus der Barschaft. Die Kohle geht – wahrscheinlich ohne auch nur ein bißchen Staub an den Fiskus oder gar an die Stadt Mannheim zu verlieren – an den zerstrittenen Boehringer-Clan; an

Seniorchef Curt Engelhorn allein 41%. Wohl bekomm's. Für die Belegschaft und damit auch für die ganze Region kommt nun nach den Zerschlagungs- und Massenentlassungsplänen von 1993/94 erneut eine Zeit großer Unsicherheit. „Synergieeffekte“ sind zu befürchten in Forschung, vielleicht auch Produktion, Vertrieb und Verwaltung. Gut beraten war die Belegschaft, daß sie sofort nach Bekanntwerden der Transaktion die Zähne zeigte und in einer riesigen Demonstration das Werksareal umrundete. Sie meldete damit sogleich ihr Mitspracherecht an und zeigte, daß sie sich nicht als willen- und interessenloses Steinchen auf dem Monopolybrett herumschieben und stützen lassen möchte. Von Vorteil für die Belegschaft ist in dieser Situation, daß die jahrelang sehr angespannte interne Problematik des Betriebsrates durch Konsensgespräche zwischen

der IG Chemie und der „Gemeinsamen Liste“ der erstmals aus der Gewerkschaft Ausgeschlossenen einer sachlichen Zusammenarbeit weicht. Daß die Belegschaft mit ihrem Betriebsrat in der Lage ist, sich ihrer Haut zu wehren, hat sie 1993/94 bewiesen. *tht*

STREIKS IM HANDEL: Im Tarifkonflikt im Groß- und Einzelhandel NRW streikten bei zwei Essener Stahlhandelsfirmen, Cockerill und von Schaewen die Beschäftigten am 2. und 3. Juni. Streitpunkt ist vor allem die Lohnfortzahlung. Obwohl im Manteltarifvertrag 100% stehen, wollen die Kapitalisten im Groß- und Einzelhandel die gesetzliche Regelung anwenden, d.h. nur 80% Lohn und Gehalt weiterzahlen. Die HBV sieht das als Tarifbruch. Nach einer lebhaften Streikversammlung demonstrierten die 150 Beschäftigten der beiden Firmen am Dienstag zu von Schaewen; die Firma zahlt Kranken schon jetzt nur noch die 80%. Die HBV wehrt sich auch gegen Kompensationsvorschläge des Arbeitgeberverbandes, nach denen die volle Lohnfortzahlung fortgeschrieben werden könne, wenn die HBV einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 45 Stunden, dem Wegfall der Überstundenzuschläge durch Jahresarbeitszeitkonten und Öffnungsklauseln für alle Tarifbereiche zustimmt. Im Einzelhandel NRW fordert die HBV 3,7% mehr Lohn, mindestens jedoch 120 DM, für die Leichtlohngruppe L IIa soll zusätzlich um 50 DM angehoben werden. Auf Wunsch der Einzelhandelskapitalisten ist die letzte Verhandlungsrunde auf den 16. Juni verschoben worden. Bis dahin wollen sie sich „Gedanken machen“ ...

BASF: Mit zahlreichen Gegenanträgen traten Vertreter der Aktion Alternativer BASF-Aktionäre (AABA) sowie der Dachverband Kritischer Aktionäre auf der diesjährigen Aktionärshauptversammlung der BASF in Ludwigshafen am 15. Mai 1997 auf. Vor alle Dingen hatten sie eine Änderung der Tagesordnung im Vorfeld der HV durchgesetzt. (Wir berichteten). Danach sollte die Satzung der BASF, die die Zielsetzung des

Unternehmens definiert, ergänzt werden. Ausdrückliches Ziel der Konzernführung sollte demnach die soziale und ökologische Verantwortung gegenüber den Beschäftigten, der Gesellschaft und Umwelt sein, die Anerkennung ihrer geschichtlichen Verantwortung und der sich daraus ergebenden finanziellen Verpflichtungen für die Verbrechen der IG Farben, da die BASF ehemals ein gewichtiger Teil der IG Farben darstellte, die gleichberechtigte Behandlung und Besetzung von Positionen mit Frauen etc. Der Vorstand beantragte eine Nichtbehandlung der Satzungsänderungsanträge und konnte sich mit Hilfe der Aktienpakete der anwesenden Bankenvertreter und Großaktionäre durchsetzen. Was ihm nicht gelang, war die Unterdrückung der Thematisierung seiner zunehmend sozial rücksichtsloseren Politik im Rahmen der Globalisierung – BASF-Parole: „Unser Markt ist die Welt“. Prof. Jürgen Rochlitz (MdB Grüne) plädierte als Vertreter der AABA für eine Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat und eine andere Gewinnverwendung. Er führte aus: „In den vergangenen Jahren habe ich Ihnen immer wieder versucht nahezu legen, daß eine Geschäftspolitik, die fast ausnahmslos durch Beschäftigungsabbau Gewinne einfährt, von Seiten der Aktionäre abgelehnt werden muß. Ich kann ja nachvollziehen, wie weh es Ihnen tun muß, wenn Ihnen von Ihrer vom Vorstand angekündigten Dividende von ganzen 17 DM noch ein bis drei Punkte weggenommen werden sollen. Doch Sie sollten einmal die Rechnung aufmachen aus der Sicht von 12.500 Arbeitslosen, die ohne Stellenabbau bei der BASF seit 1990 dort Arbeit und angemessenen Verdienst bekommen könnten. Mit Ihrer Dividende hat der BASF-Vorstand, ungebremst durch den Aufsichtsrat, diesen Menschen eine Chance zum Verbleiben im Berufsleben genommen. Wollen Sie wirklich eine solch kurzfristige Geschäftspolitik noch unterstützen, die ganz erheblich dazu beiträgt, daß wir einen Arbeitslosenstand zu verzeichnen haben wie in den dreißiger Jahren der Weimarer Republik?“

Zusammenstellung: alk



Unter dem Titel „Generationen gemeinsam. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ hatte der DGB Bayern am Samstag, 7. Juni, nach München zu einer Demonstration aufgerufen. Nach Angaben des Veranstalter nahmen 20.000 Menschen aus ganz Bayern teil. Die Aktion richtete sich gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung, die damit den Generationenkonflikt schüre. Die Hauptrede hielt der IG BAU-Vorsitzende Wiesehügel; von der SPD sprach die Landesvorsitzende Renate Schmidt.

Eine erfolgreiche Aktion!

Auch in diesem Jahr hat die ITF europaweit in 22 Ländern mit den dortigen Hafenarbeitsgewerkschaften (in Hamburg in Kooperation mit der ÖTV) vom 12.5. bis 16.5.1997 eine Boykott-Aktionswoche gegen Billigflaggenreeder durchgeführt.

Es sollten Schiffe von Reedern boykottiert werden, die bisher nicht bereit waren, einen ITF-Mindest-Standardtarifvertrag (auch blaue Karte genannt) mit einer Grundheuer von 856 US-\$ im Monat für einen Matrosen abzuschließen. Des weiteren beinhaltet dieser ITF-Tarifvertrag einen Passus, daß Hafenarbeit generell nicht von Seeleuten verrichtet werden darf.

Am Montag, den 12.5., wollte solch ein Schiff ohne blaue Karte bei der Hamburger HHLA an Schuppen 45 seine Ladung Bananen löschen. Die Arbeit auf dem Schiff wurde in drei Luken von den Hafenarbeitern aufgenommen. Ein Aktionstrupp der ITF, zusammengesetzt aus Seeleuten, Hafenarbeitern und einem ITF-Inspektor, forderte den Kapitän auf, einen Tarifvertrag für die Seeleute mit der ITF abzuschließen. Nachdem er dies mit der Begründung abgelehnt hatte, daß dies nicht in seinem Kompetenzbereich liege, rief der Trupp die auf dem Schiff arbeitenden Hafenarbeiter auf, dieses Schiff zu boykottieren. Diesem Aufruf folgten 25 Kollegen, überwiegend unständig im Hafen Beschäftigte, aber auch feste Leute und Kollegen eines anderen Hafenbetriebes. Nur sechs Vorarbeiter vom Stauer Carl Tiedemann gaben dem Druck der Arbeitgeber, die sofort auf der Matte standen, nach und arbeiteten die Schicht durch. Der Erfolg war, daß das Schiff statt der geplanten 3 Gänge nur mit einem gekürzten Gang in der zweiten Schicht bearbeitet wurde. Auch in der folgenden Nachtschicht wie in der Früh- und Spätschicht des nächsten Tages unterstützten viele Kollegen die Boykottaktion an diesem Schiff. Am 13.5. beteiligten sich auch HHLA-Kollegen auf der Kaiseite, nachdem der dort erschienene Betriebsrat sie dazu aufrief. Die Arbeitgeber versuchten während der gesamten Aktion, Hafenfremde über die Firma A+S (Aydeniz und Schöning) für 12 Mark die Stunde als Streikbrecher einzusetzen, was teilweise klappte. Die kurzfristige Rekrutierung dieser Leute gelang A+S in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt Hamburg. Trotzdem schafften es die vor Ort agierenden Trupps der ITF, einige dieser Leute davon zu überzeugen, die Arbeit als Streikbrecher nicht aufzunehmen.

Am Dienstag, den 13.5. gegen 19 Uhr, kam von der Reederei aus Sri Lanka per Fax die schriftliche Zusicherung, daß sie bereit wäre, mit der ITF-Tarifverträge für

die in Hamburg boykottierte *Horncloud* und fünf weitere Schiffe abzuschließen, womit der Boykott an diesem Schiff beendet wurde. Die Ladearbeiten hatten sich durch die Aktion schon um 12 Stunden verzögert, und das Schiff war immer noch nicht leer.

Diese Boykottaktion an der *Horncloud* wie die in anderen deutschen und europäischen Häfen haben dazu geführt, daß in dieser Woche in Deutschland 30 und europaweit 90 neue Tarifverträge mit der ITF abgeschlossen werden konnten. Es hat aber auch aufgezeigt, welche Möglichkeiten Hafenarbeiter und Seeleute gemeinsam haben, sich mit Erfolg gegen Reederwillkür und für tariflich gesicherte Arbeitsplätze einzusetzen.

WN



IG Metall diskutiert Reform des Flächentarifs:

Gefahren oder Chancen?

Seit Mai 1997 finden in der IG Metall bundesweit Konferenzen zum Thema Flächentarif statt.

Im IG-Metall-Bezirk Stuttgart wurden zwei Tagungen durchgeführt. Außer den Tarifkommissionsmitgliedern und den Hauptamtlichen waren dazu auch Funktionäre aus den Betrieben geladen. Am 2. Juni trafen sich die Teilnehmer/innen aus den Tarifbezirken Südwürttemberg/Hohenzollern und Südbaden, am 3. Juni waren aus Nordwürttemberg/Nordbaden rund 250 Abgesandte anwesend.

Die Tarifabteilung des Vorstands der IG Metall hatte zur Ausrichtung bereits im März ein 46seitiges Papier erstellt. Die Bezirksleitung hatte daraus resultierend Mitte Mai ein Papier mit 38 Thesen für drei Arbeitsgruppen verfaßt. Laut Bezirksleiter Zambelli wird die Flächentarif-Reformdebatte (Öffnungsklauseln, Branchentarife, Härtefallregelungen usw.) bisher leider mehr von anderen geführt. Unter dem Druck von Globalisierung, Standortkonkurrenz, Arbeitslosigkeit und Unterlaufen der Tarife müsse man sich aber hieran als Gewerkschaft beteiligen. Er erkenne bei dieser Diskussion zwei Hauptsorgen der Funktionäre: Daß die Verhandlungen zu einem Abrücken oder zu einer Absenkung des Tarif- und besonders des Einkommensniveaus führe und daß die „Gratwanderung zwischen Erhaltung kollektiver Schutznormen und mehr individueller Gestaltungsfreiheit“ zu Lasten der kollektiven

Schutzfunktion gehen könne. Beide Befürchtungen wollte Bezirksleiter Zambelli absolut entkräften. Man solle „nicht nur Gefahren, sondern Chancen“ sehen.

In der Arbeitsgruppe 1 „Wie muß sich die IG Metall auf das veränderte Verhältnis zwischen Betriebs- und Tarifpolitik ausrichten?“ warnten z.B. Rednerinnen und Redner aus Heidelberg, Ludwigsburg, Reutlingen und Stuttgart von Daimler-Benz, Bosch und anderen Betrieben davor, den Drohungen und der übertriebenen Globalisierungs- und Standortpropaganda von Unternehmern und Regierungen aufzusitzen und erkämpfte tarifliche Rechte mit der falschen Hoffnung auf Sicherung von Arbeitsplätzen herzugeben.

Die zunehmenden Tarifbrüche und betrieblichen Erpressungsversuche seitens der Unternehmer würden genauso weitergehen, auch nach von der IG Metall möglicherweise mitgetragenen Abstrichen. Tarifbestimmungen seien Mindestregelungen und Untergrenzen, deshalb sollten hiervon tariflich keine Ausnahmen vereinbart werden. Auch sollten die Gewerkschaften im Zusammenhang mit Reformen des Flächentarifs verstärkt Überlegungen anstellen, wie die längst an ihnen vorbei stattfindende Erosion traditioneller Arbeitsverhältnisse (Teilzeit, Leiharbeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, Scheinselbstständigkeit) aufzuhalten oder tariflich in den Griff zu bekommen ist.

Zambelli verbat sich vorgebrachte Re-

solutionen, Meinungen und Redebeiträge des Inhalts, in der IG Metall und im DGB würden in letzter Zeit ohne Not erreichbare Standards und in der Tendenz der Flächentarifvertrag aufgegeben und seit dem „Bündnis für Arbeit“ werde ein immer offensichtlicherer Schmusekurs mit den Arbeitgebern gefahren. Das sehe er „weit und breit nicht“.

Auch Hauptamtliche wie der Erste Bevollmächtigte von Neckarsulm, Stroh, (als gehandelter Zambelli-Nachfolger brachte er es auf zehn Redebeiträge in drei Stunden) sprangen der Bezirksleitung vehement zur Hilfe und versuchten, Kritisches rigoros abzubügeln mit Argumenten wie „Branchenfenster habe man schon immer gehabt“, so hätten etwa Gießereiarbeiter aufgrund zusätzlicher Erschwernisse mehr als 30 Tage Urlaub Oder die Löhne in Flensburg seien schon immer anders gewesen als in Friedrichshafen usw. Auch sollte man damit aufhören, Fürsprecher von „Modernisierungen“ in die „Unternehmensschublade“ stecken zu wollen.

In der Arbeitsgruppe 3 wurde die Frage behandelt: „*Können Regelungen wie Branchentarifverträge, Sanierungstarifverträge, geregelte Optionen zur Stabilisierung des Systems der Flächentarifverträge beitragen*“.

Im längeren Eingangsreferat versuchten die Mitglieder der Bezirksleitung, die Arbeitsgruppe zu überzeugen, daß Öffnungsklauseln und Härteklauseln nichts neues seien. Schon 1950 habe die IG Metall Nordwürttemberg/ Nordbaden im Tarifvertrag eine Härteklausele eingebaut.

Es sei auch sinnvoll, mit der Tarifpolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Betriebe zu reagieren. Man solle über weitere Branchenregelungen im Wirtschaftszweig Metall nachdenken, zum Beispiel für den Maschinenbau, die Datenverarbeitung usw. Tarifverträge sollten geregelte Wahlmöglichkeiten enthalten. Sanierungsklauseln seien sinnvoll, wenn dadurch Beschäftigung gesichert werden könne. Öffnungsklauseln zum Unterschreiten von Mindestbedingungen von Tarifverträgen seien abzulehnen.

Die Diskussion verlief kontrovers, und die Diskussionsredner (Hauptamtliche, Betriebsratsvorsitzende, Vorsitzende von Vertrauenskörpern) mußten sich öfters sagen lassen, ihnen fehle der Überblick und überhaupt sei die Konferenz nicht repräsentativ und nicht beschlußfähig.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kritisierten der Arbeitsgruppe kritisierten vor allem die These 15. Sie lautet: „Die IG Metall hat Interesse, den Flächentarif zu reformieren und zu gestalten. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß die Veränderungen in den Betrieben berücksichtigt werden. Tarifverträge müssen ein Abbild der betrieblichen Wirklichkeit sein, um in der täglichen Praxis bestehen zu können.“ Diese These zerre Tarifpolitik auf betriebliches

Niveau und beinhalte Einkommensenkungen und Arbeitszeitverlängerung. Mit den Thesen werden Haustarifverträgen Tür und Tor geöffnet. Dies als „Reform“ zu bezeichnen, sei falsch. Es handle sich um Zugeständnisse angesichts Erpressungsmanövern der Unternehmen.

Es war aber unumstritten, daß der Metalltarif nicht immer zu halten sei. Zum Beispiel hat die Stuttgarter Ortsverwaltung mit Daimler-Benz einen eigenen Tarifvertrag für das Daimler-Schulungszentrum Lämmerbuckel ausgehandelt. Die Beschäftigten in diesem Zentrum verrichten überwiegend Tätigkeiten der Gastronomie. Um eine Ausgliederung zu verhindern, wurde für diese Beschäftigten der Metalltarif geändert, und es wurden besondere Arbeitszeiten und Spätzuschläge vereinbart.

Im Schlußwort versicherte Bezirksleiter Zambelli, es gehe keineswegs um Verschlechterungen, sondern nur um „Ergänzungen, Neuerungen, Anpassungen an die veränderten betrieblichen Verhältnisse“, auch unter „Beachtung der Unterschiede zwischen Groß- und mittelständischen Betrieben“. Die alte aus-

schließliche „Focussierung auf Tarifpolitik“ sei vorbei. Heutzutage seien „betriebs-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Maßnahmen“ von den Gewerkschaften gefordert. Das Thema ungeschützte Arbeitsverhältnisse u.ä. werde nicht im Rahmen der laufenden Flächentarifvertrags-Reformdebatte gesehen und bearbeitet, sondern eigens in einer vom Vorstand eingesetzten Kommission.

Konkrete Gegenanträge und Beschlüßfassungen wurden von der Versammlungsleitung unterbunden. Dementsprechend diene die Konferenz nicht der Beratung und Meinungsbildung auf beiden Seiten, sondern der Ausrichtung der Teilnehmer auf die Thesen der Bezirksleitung.

Solches Verhalten verursachte größeren Ärger.

Die Tarifiediskussion soll nun in der ordentlichen Bezirkskonferenz am 12. Juni sowie im November in der Konferenz auf Bundesebene weitergeführt werden und 1998 für die Vorbereitung der Tarifbewegung 1998/99 in Beschlüsse münden.

(aro, rkw)

Der Flächentarifvertrag aus ostdeutscher Sicht

Das unbekannte Wesen

von Bodo Ramelow

Frage an Radio Jerevan: Brauchen wir einen Tarif- oder Flächentarifvertrag?

Antwort: Im Prinzip ja – fragt sich nur für wen! Dieser einleitende Sarkasmus ließe sich ergänzen um den Hinweis, daß es nicht nur um die Frage für wen geht, sondern auch darum, ob der möglicherweise Begünstigte es überhaupt merkt, daß es um ihn geht.

100 Jahre war es opportun, daß sich die abhängig Beschäftigten zusammenschließen und das einzige was sie haben, nämlich ihre Arbeitskraft, möglichst im Rahmen eines Kollektivvertrages den Arbeitgebern zu möglichst guten Preisen zu verkaufen. Auch vor 100 Jahren war die Zeit nicht so, als daß dieses im Selbstlauf gegangen wäre. In die Industrieregionen nachdrängende Landlose waren ständig bereit, zu jedem Preis auch mühselig durchgesetzte Vereinbarungen zu unterlaufen. Wie sehr sich doch die Bilder ähneln.

Die Entwicklung der Gewerkschaften in West und Ost verläuft von 1945 bis 1990 völlig unterschiedlich bei ausdrücklich sehr unterschiedlichen Aufgaben und nicht vergleichbaren Wirkungsweisen in der Funktion. Die Einheitsgewerkschaften in den Westzonen werden gegängelt, und es besteht ein hohes Interesse der Alliierten, daß kein starker Einheitsgewerkschaftsbund, sondern höchst differenzierte Spartengewerkschaften gebildet werden. Im Osten formiert sich eine

einheitliche Gewerkschaftsorganisation, in der die Spartengewerkschaften nur eine unbedeutende Nebenrolle spielen.

In Summe war es im Westen immer wieder ein Kampf der in dem jeweiligen Tarifvertrag zusammengeschlossenen Menschen für ihre sehr spezifischen jeweiligen Branchenbedingungen. Größere politische Aufgaben wurden meist vernachlässigt, um branchenpolitisch ein paar kleine Erfolge erringen zu können. Dieses filigrane System der Branchen-Ausdifferenzierung, aber auch der sozialpolitischen Bindewirkung, bei dem sich die Arbeitgeber als Gegenleistung für den Tarifvertrag eine jeweilige Friedenspflicht ausbedingen, wird 1990 – ob freiwillig oder unfreiwillig – der ehemaligen DDR übergestülpt.

Da der Autor zu der Zeit schon in Thüringen tätig war, gehört es auch zur Erinnerung, daß dieses freudig eingefordert wurde und daß es tägliche Lektüre in der *Tribüne* war, ob oder welcher Teil der sozialpolitischen Gesetzgebung aus Westdeutschland in Ostdeutschland eingeführt wurde. Betriebsräte wurden genauso unkommentiert übernommen, wie auch das Tarifvertragssystem. Die Westgewerkschaften und Westgewerkschafter werden genauso gerne genommen wie die D-Mark, der Golf, Malboro und Video.

In einer verhängnisvollen Wechselwirkung treten die Menschen Ost den Gewerkschaften West bei und verlangen gleichzeitig, die Deklassierung ihres Lebens auch durch Tarifverträge zu beheben. Während die zweite, nämlich die so-

zialistische Lohntüte, bis zum 30.6.1990 abgeschafft wird und kein Ostbürger wesentlich diesen sozialen Errungenschaften eine Träne nachweint, kommt die berauschende Formel von 100% West ohne jede Prüfung, was 100% West eigentlich sei. Noch nie waren im Westen die Tarife gleich. Selbst die Flächentariife, die nach Bundesländern gegliedert sind, weisen in derselben Branche erhebliche Differenzen auf. Dies hat etwas mit Kampfkraft, aber auch mit realen Wirtschaftsverhältnissen zu tun. Ehrlich gesagt – gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen, abgeleitet aus dem grundgesetzlichen Gebot der Angleichung der Lebensbedingungen in ganz Deutschland, können nicht mit dem Instrument des Tarifvertrages angepackt werden.

Da aber die Gewerkschaftszentralen mit ihren wirtschafts- und tarifpolitischen Abteilungen im Westen liegen, geben sie dem vermeintlichen Drängen auf zügige Durchsetzung von 100% West nach, da auch diese Formel sehr schnell motivationsfördernd und mitgliederbindend wirkt.

Staatspolitisch besteht der Judaslohn für die Gewerkschaften in den ersten fünf Jahren der formalen Einheit darin, daß es einen Konsens zwischen den Gewerkschaften, dem Staat und dem Kapital gibt, daß man sich wechselseitig anerkennt und daß dieses Anerkenntnis belohnt wird mit tarifpolitischen Stufenplänen, bei denen am Schluß 100% Gleichheit zu Westdeutschland bestehen soll. Diese erkaufte Zeit gibt sowohl dem Staat als auch dem Kapital die notwendige Ruhe, um den Umstrukturierungsprozeß, den Deindustrialisierungsprozeß, den Vertreibungsprozeß lästiger Konkurrenz vorantreiben zu können. Gewerkschaften glauben, mit dieser Ruhe in der selben Zeit sich organisationspolitisch verfestigen zu können. Gleichwohl schlägt die Deindustrialisierung oder die Abwicklung der Dienstleistungen voll auf die Gewerkschaftsstrukturen durch, und die anfänglich riesigen Organisationszahlen schmelzen zusammen wie Schnee in der Sahara.

Die Menschen, die noch Lohn und Brot haben, erwarten von ihren Gewerkschaften hohe Lohnabschlüsse, die allerdings oftmals in keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Zahlen der Betriebe stehen. Die Politiker tun so, als hätten sie nie die gleichen Arbeits- und Lebensbedingungen versprochen. Sicherlich hätten die Gewerkschaften bei tarifpolitischen Debatten in ihrer Mitgliedschaft die Notbremse ziehen müssen und dafür sorgen müssen, daß es um 100% West unter solchen wirtschaftlichen Katastrophenbedingungen nicht gehen kann, sondern um arbeitsplatzaufbauende und strukturbildende Maßnahmen. Dazu hätte aber das ungeliebte Instrument von planwirtschaftlichen Elementen – nämlich von Strukturpolitik – auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Vielleicht sollten sich aber die Menschen in den neuen Län-

dern daran erinnern, daß Planwirtschaft nach 1990 ein sehr ungeliebtes Wort war.

Der Gewerkschaftsapparat sitzt jetzt aber in der Falle, daß es gelungen ist, mit Schmackes die Tarifierhebung 100% West zu vereinbaren, aber gleichzeitig auch so viele Löcher in den Tarifvertrag einschlagen werden mußten, damit Realität und Theorie überein gebracht werden konnte. Das Prinzip Tarifvertrag Ost lautet nämlich: Loch an Loch und hält doch – oder vielleicht doch nicht – oder besser gesagt doch nicht mehr!

Brauchen wir einen Tarifvertrag bzw. dieses Tarifvertragssystem heißt die Frage. In der Antwort muß man zur Kenntnis nehmen, daß wir theoretisch ca. 90% Westniveau formal vereinbart haben. In einigen Branchen sind 100% schon erreicht, und in einer Vielzahl bewegt es sich zwischen 90 und 100%. Gleichzeitig ist aber das Mittel der statistischen Erfassung sehr genau und zeigt, daß Thüringen das Schlußlicht der gezahlten Löhne aufweist. Knapp 60% sind im Jahre 7 der formalen Einheit die traurige Realität. Gleichzeitig will aber keiner der Betroffenen mehr für die Erhöhung seines persönlichen Einkommens kämpfen, da er die Diskrepanz zwischen den realen 60 und den theoretischen 90 nicht bei sich oder bei seinen Kollegen oder der Nichtbereitschaft zum Kämpfen sucht, sondern Schuld daran ist der vermaledeite Apparat der Gewerkschaften. Die Schuldigen sind diejenigen, die die lohnpolitischen Maßnahmen nicht mit Geldmittelzuweisungen aus dem zentralwirtschaftlichen Planungstopf untersetzen können. Gewerkschaften können aber kein Geld von anderen Stellen besorgen. Es sei denn, man ist die IG Bergbau und läßt sein Klientel mal in West, mal in Ost für die nächsten Subventionen gemeinsam mit den Bergbaubetrieben antreten.

Konsumbeschäftigte können allerdings von niemanden Geld erwarten, und auch die Demonstrationen in Thüringen haben es nicht vermocht, von der Landesregierung jemals einen einzigen Pfennig an Zuwendung zu erreichen. Das Ergebnis ist, daß sich diese Beschäftigten mittlerweile als Verlierer definieren.

Die Krise der Tarifverträge ist nicht zu leugnen, aber die Krise der Tarifverträge hat nichts mit falschen Tarifverträgen, sondern mit Kapitalismus zu tun. Die Energie sollten wir auf die Reform des Kapitalismus lenken und nicht auf frohe Pflingstbotschaften des DGB-Bundesvorsitzenden, der scheinbar jedes Wissen um tarifliche Machtfragen vergessen hat. Oder hat die Stahlindustrie zuviel Subventionen in zu langer Zeit erhalten, als daß an Schultes früherem Arbeitsplatz möglicherweise Machtfragen gar nicht gestanden haben?

Eine Umkehr in der Tarifpolitik gelingt unter ostdeutschen Bedingungen nur, wenn die Gewerkschaften den Mut haben, mit den Belegschaften deutlich darüber zu reden, daß Tarifverträge die Realität abbilden müssen und daß die

Realität etwas mit Kampfbereitschaft zu tun haben muß.

Es muß deshalb legitim sein, politische Verhältnisse anzustreben, in dem Mut und Selbstbewußtsein abgefordert werden und nicht das Klagen und Jammern und Forderungen an die höheren Stellen. Es ist verheerend, wenn ostdeutsche Bautarifkommissionen, obwohl sie nicht betroffen waren, den 59er Kampf der Metalller um 6 Wochen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in Schleswig-Holstein quasi in einem Federstrich und offenkundig der Not gehorchend einfach abtun wollen. Genauso katastrophal ist es aber, wenn in Unkenntnis des differenzierten tariflichen Mechanismus PDS-Politiker Tarifverträge nicht als ein zwingendes Element sehen. Die Formel lautet nicht: 100% West, sondern lautet: die korrekte Bezahlung Ost! Die Fiktion West bei einem um fast 20% auseinanderklaffenden Gefälle zwischen realer Entlohnung und theoretischem Entlohnungsanspruch muß ersetzt werden durch eine tarifpolitische Kampflinie, bei der der einzelne Beschäftigte in Chemnitz, Zwickau, Magdeburg oder Erfurt erkennt, für welchen Pfennig der Mark er nun kämpft. Dann, und nur dann gelingt es, Kompromisse machen zu können, und nur wenn es gelingt, gleichzeitig wirksam der Massenarbeitslosigkeit zu begegnen. Politik in Form von Gesellschafts-, Wirtschafts- und Tarifpolitik müssen mehr aufeinander abgestimmt sein. Eine Partei, wie die PDS, die sich einem demokratischen Sozialismus verschreibt, muß sich ihrer Wurzeln in der Arbeiterbewegung bewußt sein und aus diesen Wurzeln gespeist, den Kampf um Strukturpolitik genauso vehement führen wie Auseinandersetzungen um die Absicherung von Tarifverträgen.

Ein Infragestellen von kollektiven Regelungen als prinzipielle Infragestellung ist genauso wenig zu akzeptieren, wie eine Regelung von Ausnahmetatbeständen für Kleinstbetriebe. Alle Franchise-Unternehmen, die in der Welt erfolgreich arbeiten, sind im Sinne einer Kleinstbetriebsform erfolgreiche Kleinstunternehmen. Ganze Handelsketten funktionieren mit solchen Systemen, und deshalb wehren wir uns auch als Gewerkschaft hbv gegen die Aushöhlung der ostdeutschen Tarifverträge für kleinere Betriebe. Eine Kleinstunternehmensklausel können wir akzeptieren, aber die Ausparung ganzer Betriebsstrukturen ist undenkbar. Dann werden nur solche sog. Scheinselbständige produziert, die den Druck auf Tarifverträge nur erhöhen und das Elend der Selbstausbeutung zum Prinzip erheben. Dies ist keine Lösung aus dem Dilemma. Es ist ein zäher Weg, die deutsch-deutschen Mißverständnisse auch in politischen Bewertungen auszuräumen.

Tarifpolitik ist Tagespolitik. Packen wir's an!

Der Autor ist Landesvorsitzender der hbv Thüringen (Beitrag von der Redaktion gekürzt)

Interview mit Dirk Pesara, Autor der „Rebellion der Habenichtse“, Mitarbeiter der Berliner Zeitschrift „Lateinamerika Nachrichten“

Widerstand gegen die deutschstämmigen Kaffeebarone in Chiapas / Mexiko

Seit hundert Jahren besitzen im mexikanischen Bundesstaat Chiapas deutschstämmige Kaffeebarone riesige Kaffeeplantagen, vor allem in den Regionen Soconusco und Frailesca im Südosten des Landes. 35% des mexikanischen Kaffees stammen aus Chiapas. Die Arbeitsbedingungen der Campesinos auf diesen Fincas sind legendär: „Nein, ich will nicht in den Soconusco gehen. Dort sind die Deutschen, sie sind die Herren der Kaffee-Plantagen. Sie sind barbarischer als die Bestien des Urwalds, und sie behandeln dich wie einen Hund“, ließ B. Traven den Landarbeiter Candido in „Die Rebellion der Geheunken“ bereits vor 70 Jahren sagen.

Heute macht die Kolonie deutscher Großgrundbesitzer von sich reden, weil sie einen schmutzigen Krieg gegen die unabhängige Landarbeitergewerkschaft UCPFV (Unión Campesina Popular Francisco Villa) führt, deren Mitglieder im Gefolge des zapatistischen Aufstandes 1994 einzelne Plantagen für einige Monate besetzt hielten.

Dirk Pesara und Boris Kanzleiter beschreiben in ihrer Reportage „Die Rebellion der Habenichtse. Der Kampf um Land und Freiheit in Chiapas“ (Edition ID-Archiv, April 1997) die Geschichte der Region Frailesca seit ihrer Besetzung im August 1994 bis zum Februar '97, erhellen sowohl Entstehung und Umfeld der UCPFV wie auch Herkunft und Macht der deutschstämmigen Kaffeebarone und berichten über die Repression in Chiapas

Anlässlich einer Lesung in Freiburg führte Martin Höxtermann von Radio Dreyeckland ein Interview mit Dirk Pesara, das wir mit freundlicher Genehmigung abdrucken.

Wie kommen deutsche Kolonisten überhaupt nach Mexiko, und wie konnten sie ihren Besitz durch die letzten hundert Jahre turbulenter mexikanischer Geschichte retten?

Die deutschen Kaffeebarone sind Anfang des Jahrhunderts unter der Diktatur von Porfirio Diaz nach Mexiko gekommen. Diaz hat eine Politik der kapitalistischen Modernisierung betrieben und viele Ländereien zur exportorientierten Landwirtschaft freigegeben. Das waren in der Regel Ländereien, die den indianischen Gemeinden weggenommen wurden, oder brachliegendes Staatsland, welches ausländischen Investoren fast umsonst zur Verfügung gestellt wurde. Diese mußten sich nur verpflichten, die Infrastruktur zu verbessern.

Und so kam es, daß besonders viele deutsche Familien, die schon seit Jahrzehnten in Guatemala im Kaffeesektor tätig waren, über die Grenze nach Mexi-

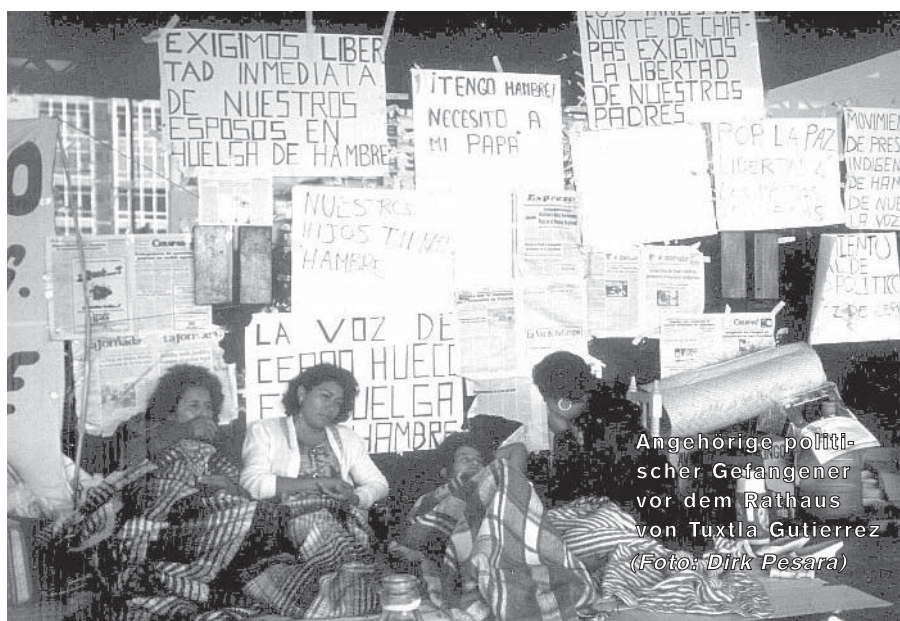
ko kamen und dort Plantagen aufbauen ließen. Unterstützt wurden sie durch Kapital aus Deutschland, insbesondere von den Kaffeehandelshäusern und Bankenkonsortien in den Hafenstädten Hamburg und Bremen. Die investierten sehr stark, vergaben großzügige Kredite zu günstigen Zinssätzen und schickten Leute mit dem entsprechenden Know How in diese Region. Das brachte den deutschen Familien den entscheidenden Vorsprung zur ausländischen Konkurrenz aus den USA, England und Frankreich.

Die Landkonzentration in den Händen weniger Familien beruht darauf, daß das geltende mexikanische Recht dort nie angewendet wurde. Die mexikanische Revolution hat Chiapas nie wirklich erreicht. Emiliano Zapata war im Zentrum Mexikos aktiv, Pancho Villa im Norden. Im Süden hat es jedoch keine eigene Befreiung gegeben. Im Gegenteil. Die Oligarchie putschte alle Versuche von Landreformen nieder. Daran änderte auch Lázaro Cárdenas wenig, der reformfreundige linkspopulistische mexikanische Präsident der dreißiger Jahre. Die Ablehnung der Oligarchie in Chiapas ging sogar so weit, daß Putschversuche gegen Cárdenas von den deutschen Großgrundbesitzern finanziert und mit Waffenlieferungen unterstützt wurden.

Seit der mexikanischen Revolution verbietet das Landreformgesetz Einzelbesitz über 300 Hektar. Das änderte aber überhaupt nichts an den tatsächlichen Gegebenheiten. Durch vielerlei Tricks schafften es die deutschen, aber auch die

anderen Großgrundbesitzer, ihre Plantagen bis in die heutigen Zeit zu retten. Sie teilten ihren Besitz formal-juristisch in verschiedene Parzellen auf, in viele kleine Einheiten, die jede für sich nicht mehr als 300 ha groß waren, und teilten diese Einheiten unter Kinder, Enkel, Freunde und Bekannte auf, so konnten die großen Komplexe unbeschadet die Zeit der Reformen überstehen. Heute besteht die gesamte deutsche Kolonie, die sich in dieser Region befindet, aus etwa 16 Familien; Familien, die zum Teil inzwischen mexikanisiert sind, die aber trotzdem das Deutschtum weiter hochhalten. Von diesen Familien sind die bekanntesten Pohlentz, Lüttmann, von Knoop, Edelmann, Kahle und Schimpf-Hudler. Gegen diese Familien hat es immer wieder Widerstand gegeben.

Die Landbesetzungen vom August 1994 haben ja gerade auf den Plantagen deutschstämmiger Cafeteros stattgefunden. Es begann mit der Besetzung der Kaffeeplantage „Liquidambar“ durch BewohnerInnen des Dorfes Nuevo Palestina, unterstützt durch die Landarbeitergewerkschaft UCPFV. Nur wenig später beschlossen auch die Mitglieder des Emidos Santa Rita, dem Beispiel ihrer Nachbarn zu folgen, und besetzten das Gelände der Kaffeeplantage „Prusia“, zu deutsch Preußen. Beide befinden sich im Besitz alteingesessener deutscher Kaffeeplanzerfamilien. Insgesamt wurden fünf Fincas in dieser Region besetzt. Was waren die Gründe für diese Besetzungen,



Angehörige politischer Gefangener vor dem Rathaus von Tuxtla Gutiérrez (Foto: Dirk Pesara)

warum fanden sie gerade zu diesem Zeitpunkt statt?

Der aktuelle Anlaß für die Besetzungen hängt sehr eng mit dem Aufstand der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN in der Selva Lacandona zusammen. Die Region, in der sich die EZLN am 1. Januar 1994 bewaffnet erhoben hat, liegt etwa 150 bis 200 Kilometer von der Frailesca entfernt. Dort gab es und gibt es keine bewaffneten Zapatistas. Allerdings haben die Zapatistas durch ihren bewaffneten Aufstand die Diskussion um die ungerechte Landverteilung neu entfacht. Viele der etwa 200 bäuerlichen und indigenen Organisationen haben zum Mittel der Landbesetzung gegriffen, um ihren jahrzehntelangen Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Das führte dazu, daß 1994/95 zwischen 130 000 und 200 000 Hektar Land besetzt worden sind, teilweise nur für wenige Tage, teilweise aber auch längerfristig.

In diesem Rahmen fand auch die Rebellion der Habenichtse in der Region Frailesca statt. Am 4. August 1994 besetzten BewohnerInnen von Nuevo Palestina „Liquidambar“, die Kaffeeplantage der Familie Schimpf-Hudler. Marianne Schimpf, die Finca-Erbin, hat 1976 den Hamburgischen Kaffeeimporteurs-Sohn Laurenz Hudler geheiratet. Das sind die derzeitigen BesitzerInnen einer Plantage, die auf 10 000 ha Größe geschätzt wird. 600 Tonnen Kaffee werden dort jährlich produziert, ein Kaffee, der für 30 DM pro Pfund in deutschen Nobel-Kaffeehäusern verkauft wird.

Zum Hintergrund dieser Besetzung muß man wissen, daß die Campesinos von Nuevo Palestina über Rechtstitel verfügen, die ihnen das Land zubilligen. Der Gouverneur von Chiapas hat in den 80er Jahren unterschrieben, daß sie einen rechtmäßigen Anspruch auf „Liquidambar“ haben. Dieser Anspruch wurde jedoch nie rechtskräftig und in die Tat umgesetzt.

Im September hat die UCPFV die Fin-

ca „Prusia“ der Familie von Knoop besetzt und drei weitere. Das heißt, sie haben bewußt die größten und bedeutendsten Kaffeeplantagen in der Region gewählt, denn ihr Kampf hat ja nicht am 4. August 1994 begonnen, sondern viel früher.

Die Plantagen wurden während der Besetzung in eigener Regie bewirtschaftet. Wie sah das konkret aus?

Das langfristige Ziel der Campesinos war es, eine selbstverwaltete Kooperative auf „Liquidambar“ zu schaffen, d. h. sie wollten den Kaffeeanbau beibehalten, aber kollektiv betreiben. Dieses langfristige Ziel steckte noch in den Kinderschuhen, als die Finca im April 1995 geräumt wurde. Allerdings hatte sich bis dato schon sehr viel geändert. Denn eine Ernteperiode lang konnten die „Villistas“ selbst über den Kaffee verfügen, konnten ihn ernten und verkaufen. Es gab auch Boykottbemühungen des Agro-Establishments, um die Vermarktung des Rohkaffees zu verhindern, die hatten jedoch wenig Erfolg. Denn schließlich gibt es nur eine Kaffee-Ernte im Jahr, und auch die Aufkäufer und Weiterverkäufer sind auf diese eine Ernte angewiesen. Insofern konnten sie den Kaffee weiterverkaufen, allerdings nicht zu einem sehr guten Preis. Aber doch zu einem Preis, der ihnen erheblich höhere Löhne verschaffte. Vor der Finca-Besetzung wurde ein Tageslohn von etwa acht Pesos ausbezahlt (2 DM). Davon wurde noch Geld für Essen abgezogen. Nach der Besetzung waren es 60 bis 100 Pesos pro Tag, also ein erheblicher Unterschied.

Im Frühjahr 1995 begann die Räumung der besetzten Plantagen. Wie kam es dazu?

Am 9. Februar 1995 ist die mexikanische Armee in den Lakandonischen Urwald vorgerückt, um Führungsmitglieder der EZLN und Subcomandante Marcos festzusetzen. Dieser Militärschlag erreichte

Cafe Zapatista:

Es gibt seit kurzem die Initiative, Kooperativen-Kaffee aus dem Gebiet der Zapatistas in Europa zu verkaufen und einen Direkt-Vertrieb zu organisieren. Bislang verkaufen die KleinbäuerInnen der zapatistischen Regionen mangels anderer Möglichkeiten zu Hungerpreisen an Tochterunternehmen von Nestle und Neumann/Rothfos. Wer sich an diesem Projekt, Kaffee aus der EZLN-Region zu importieren, beteiligen möchte, wende sich an:

*R Ojo y Negra, Kaffee-Kampagne
c/o Dritte Welt Haus Frankfurt
D - 60489 Frankfurt/Main
Fax (0 69) 78 96 03 99*

sein eigentliches Ziel, die Verhaftung der EZLN-Führung, nicht. Er veränderte jedoch das Kräfteverhältnis in Chiapas entscheidend. Weite Teile der vormals von den Zapatistas kontrollierten Gebiete waren nun von der Regierungsarmee militärisch besetzt, viele Menschen befanden sich auf der Flucht. Die Basis der EZLN und der Oppositionspartei PRD begann aufgrund von Repression und der Kriegsführung niedriger Intensität zu bröckeln.

Gleichzeitig begannen die Großgrundbesitzer wieder etwas Oberwasser zu bekommen. Seit dem 1. 1. 94 hatten sie sich relativ bedeckt gehalten, weil sie die politische Situation nicht einschätzen konnten. Erst als am 9. Februar die Regierungstruppen die Zapatistas angriffen, gingen sie verstärkt an die Öffentlichkeit. Sie demonstrierten in San Cristobal de las Casas gegen den Bischof Samuel Ruiz, gegen den Friedensdialog und natürlich gegen die Organisationen, die die Ländereien besetzt hielten. Sie machten verstärkt Druck in den Medien. So traten verschiedene Sprecher der Kaffeeanbauorganisationen an die Öffentlichkeit und forderten massiv die Räumung.

Dieser Druck der Kaffee-Oligarchie führte dazu, daß Laurenz Hudler am 28. April 1995 mit starken Militär- und Polizeieinheiten, Armeehubschraubern und den paramilitärischen „Guardias Blancas“ „Liquidambar“ räumen konnte. Zeitgleich wurden auch die anderen besetzten Plantagen in der Region Frailesca geräumt. Soldaten, Polizei und Weiße Garden begannen, die Dörfer, in denen UCPFV-SympathisantInnen leben, systematisch einzuschüchtern und willkürliche Verhaftungen vorzunehmen. Derzeit sind 300 Soldaten im 2 000-Seelen-Dorf Nuevo Palestina stationiert. Zahlreiche Mordfälle sind inzwischen in der Region passiert, sechs Mitglieder der UCPFV wurden nach 1995 erschossen, viele UnterstützerInnen sitzen im Knast und werden gefoltert. Noch immer werden 300 vermeintliche „Villistas“ per Haftbefehl gesucht. Zahlreiche UCPFV-Mitglieder sind von Mördern getötet worden, die im Sold der deutschen Kaffeebarone stehen. Für die Morde und die Repression ist vor allem Kaffeebaron Laurenz Schimpf-Hudler verantwortlich. •



Noch nicht geräumt und noch lebendig „Villistas“ im März 1995 auf Liquidambar
(Fotos: Dirk Pesara)

Ein Beispiel „realsozialistischer“ Dialektik

Herr Ruben hatte sich in seiner Schrift „Philosophie und Mathematik“, erschienen in Leipzig 1978, vorgenommen, die „philosophischen Grundlagen der Mathematik auf dem Standpunkt des dialektischen und historischen Materialismus – unter Beachtung der modernen Entwicklung der Mathematik“ zu klären (Ruben, Philosophie der Mathematik, S. 6), und schrieb methodisch richtig: „Der konkrete Gedanke ist der sich entwickelnde Gedanke.“ (Ruben, S. 20) Was heißen soll, daß die Wahrheit einer Sache in der Darstellung ihrer Entwicklung besteht.

Die Wahrheit oder das Geheimnis der Mathematik läge also in der Geschichte der Mathematik (und deren Zusammenhang zur Menschheitsgeschichte). Herr Ruben brachte im Laufe seiner Abhandlung auch eine Reihe von Hinweisen, die den historisch bedingten, den „menschlichen“ Charakter der Mathematik zeigen, aber er machte sich trotzdem nicht an eine kritische Geschichte der Mathematik, sondern zunächst an eine Darstellung moderner mathematischer Aporien wie das *Existenzproblem*, das *Unendlichkeitsproblem* und das *Wahrheitsproblem*, um daran zu zeigen, daß diese Probleme zu Widersprüchen führen, die auf dem Boden der Mathematik nicht lösbar sind. Damit allein kann aber Herrn Ruben noch nicht unter Beweis stellen, daß er als Philosoph der Mathematik seine Daseinsberechtigung hat. Dafür müßte er den Mathematikern erst eine (Auf)Lösung ihrer Probleme bieten.

Mathematik als Arbeit?

Nach einer solchen Auflösung suchte Herr Ruben zwar irgendwo in der Geschichte, allerdings nicht in der speziellen Geschichte der Mathematik, sondern in der Geschichte des Geldes und deren Theorie in der Marxschen Wertform. Herr Ruben meinte: „Für die marxistisch-leninistische Philosophie wird also die Mathematik zum philosophischen Gegenstand, wenn sie als Produktionsvorgang gedacht wird!“ (S. 69)

Natürlich lassen sich marxistische Begriffe auf alles Mögliche anwenden. Ich kann wie das Zählen und Rechnen jedes menschliche Tun „Arbeit“ oder „produktiv“ nennen. Nach diesem Schema produzieren die Kriminellen das Verbrechen und damit die Justiz, die Pfarrer produzieren die Sünder und die Kirche, die Psychologen produzieren psychische Defekte und die Irrenanstalten, und die marxistisch-leninistischen Philosophen produzierten die Überlegenheit des Realsozialismus. Darin stecken sicherlich auch Funken von Wahrheit.

Der mathematische Wahrheitsfun-

ke, den Ruben bei Marx findet, ist der hegelianische Dreischritt vom *Einzelfall* über die *Besonderheit* zur *Allgemeinheit*.

Beim *Einzelfall* als erster Entwicklungsstufe wird eine konkrete Ware einer anderen konkreten Waren gleichgesetzt oder in der Mathematik eine konkrete Länge, z.B. jemandes Elle oder Fuß, wird einer anderen Länge, z.B. seiner Körpergröße, gleichgesetzt. Auf der nächsten Stufe der *Besonderheit* werden alle Waren allmählich in einer bestimmten besonderen Ware, z.B. in Schafen, berechnet, oder in der Mathematik werden alle Längen in einer besonderen Elle gemessen. Auf der letzten Stufe, der Stufe der *Allgemeinheit*, werden alle Waren in Geld berechnet, das damit zur allgemeinen Ware wird, bzw. alle mathematischen Größen werden in Mengen dargestellt. Das war die große philosophische Entdeckung des Herrn Ruben.

War es wirklich seine Entdeckung? Als Berufsdialektiker der DDR mußte Herr Ruben die Schriften zur „Dialektik der Natur“ von F. Engels studiert haben. Dort erläuterte der an einem physikalischen Beispiel, daß das menschliche Denken grundsätzlich in der von Hegel entdeckten Abfolge *Einzelfall*, *Besonderheit*, *Allgemeinheit* voranschreitet: „Wir können das erste Urteil fassen als das der *Einzelnheit*: Das vereinzelt Faktum, daß Reibung Wärme erzeugt, wird registriert. Das zweite Urteil als das der *Besonderheit*: Eine besondere Form der Bewegung, die mechanische, hat die Eigenschaft gezeigt, unter besonderen Umständen (durch Reibung) in eine andere besondere Bewegungsform, die Wärme, überzugehen. Das dritte Urteil ist das der *Allgemeinheit*: Jede Form der Bewegung hat sich erwiesen als befähigt und genötigt, in jede andere Form der Bewegung umzuschlagen. Mit dieser Form hat das Gesetz seinen letzten Ausdruck erlangt.“ (MEW Bd. 20, S. 493) Warum also soll die Mathematik sich von der politischen

Ökonomie Begriffe borgen, die auch Marx von Hegel entnommen hat?

Marx hatte zwar Begriffe von einem anderen geborgt, aber er unterscheidet sich von Herrn Ruben vorzüglich dadurch, daß er die Geschichte des Geldes in ihrer Eigentümlichkeit untersucht hat und dabei aufzeigte, warum diese Entwicklung ihre Notwendigkeit hat. Herr Ruben, der sich nicht wirklich auf die Geschichte der Mathematik einließ, zeigt bestenfalls auf, daß in der Mathematik überhaupt Entwicklung stattgefunden hat, aber nicht wie und warum.

Schließlich nahm er seinen Anspruch, die Mathematik als Form der verallgemeinerten Arbeit zu beschreiben, selber gar nicht ernst. Er beschränkte sich allein auf die Analogie zur Entwicklung der Wertform und des Warenhandels. Die Mathematik ist also in der Rubenschen Darstellung nicht Ausdruck der menschlichen Arbeit insgesamt, sondern nur Ausdruck des Handels und des Warentausches – etwa mit der Konsequenz, daß diese Mathematik während des Übergangs zum Kommunismus mit dem Warentausch verschwinden müßte?

Anders als Ruben suggerierte, begann jedoch die Herausbildung von Zahlen schon vor der Herausbildung des Warentausches, und die Entwicklung der Mathematik verlief schneller und nicht einfach parallel zur Entwicklung des Geldes. Schon im 7. Jahrtausend v. Chr. wurden Kügelchen, Scheibchen und Kegel zum Rechnen verwendet, die die Anzahl wirklicher Dinge vertraten (vgl. Helmuth Gericke, Mathematik in Antike und Orient, 4. Aufl. Wiesbaden 1996). Damit ist in der Mathematik die „Entwicklungsstufe der Besonderheit“ schon längst vor Beginn des Warentausches erreicht. Und mit einigem Grund kann man im Unterschied zu Herr Ruben die vollständige Herausbildung des Zahlensystems, dessen früheste uns bekannte Form im 3. Jahrtausend bei den Sumerern schon fertig vorliegt, als die mathematische „Entwicklungsstufe der Allgemeinheit“ bezeichnen, als alle realen Größen in einem einzigen System, nämlich den Zahlen, darstellbar waren.

Das Geheimnis der Mathematik ist ja gerade, daß sie scheinbar der allgemeinen Entwicklung des Denkens voraus-eilt, so daß wir mathematisch Dinge darstellen können, die wir noch gar nicht verstehen, ja noch nicht einmal sinnlich wahrgenommen haben. Dieses Geheimnis gilt es vor allem in einer Philosophie der Mathematik zu klären. Bei Ruben findet man dazu nicht einmal den Ansatz einer Lösung. Begreifen besteht eben nicht darin, wie Ruben meinte, Marxsche Begriffe überall wiederzufinden, sondern „die eigentümliche Logik des eigentüm-



lichen Gegenstandes zu fassen“ (K. Marx, MEW I, 296).

„Realsozialistische“ Dialektik

Ruben nannte sich einen Dialektiker, aber behauptete, daß „Dialektik und Metaphysik *reale Extreme* sind, also nichts miteinander gemein haben, sondern einen Gegensatz bilden, in dem die Existenz des einen die Nichtexistenz des anderen bedeutet“ (S. 89). Als Beleg für diese völlige Nichtübereinstimmung beider Denksysteme führte er eine Bemerkung des westdeutschen Mathematikers H. Scholz an, der schrieb: „Auf eine musterhaft einfache Art lösen sich alle Aporien, an denen irgendein Dialektiker ... seine Freude haben kann, wenn man Gebrauch macht von einem Vorschlag, der auf Bolzano zurückgeht.“ Nimmt man nämlich nach diesem Vorschlag die Zeitbestimmung vom Prädikat in das Subjekt eines sprachlichen Ausdrucks, so ist jeder „dialektische Geisterspuk verschwunden; denn es ist unantastbar, daß jedes der wirklichen Welt angehörige Individuum im Zeitpunkt t für diesen Zeitpunkt mit sich selbst identisch ist.“ (zit. n. Ruben, S. 89)

Ruben kritisierte daran, daß es kein wirkliches Individuum gäbe, das keine Veränderung durchmacht, und meinte gleichzeitig, daß es damit keinen Zeitpunkt habe, der nach Rubens willkürlicher Festlegung nur „die Grenze einer Dauer ist“ (S. 89). Indem Herr Ruben behauptet, ein Herr Scholz und die ganze bürgerliche Wissenschaft könnten eine wirkliche Sache nicht in ihrer Identität betrachten, wischte er Tausende Jahre Geschichte des Denkens und der Wissenschaft als bloße Ansammlung lauter Irrtümer vom Tisch.

Alle wirklichen Dinge haben aber während ihrer beständigen Veränderung auch alle möglichen (gedachten) Zeitpunkte t , an denen sie angeschaut werden können. Und für einen solchen beliebigen Zeitpunkt t haben die Metaphysiker durchaus recht. Allerdings wird es in der Wirklichkeit bei einem einzigen Zeitpunkt t_0 nicht bleiben, und es folgen die Zeitpunkte t_1, t_2 usw. „Die Dauer ist ... nur ein relatives Aufheben der Zeit.“ (Hegel, Naturphilosophie, Enzyklopädie II, Suhrkamp-Werke Bd. 9, S. 50).

Damit ist klar, daß die Metaphysiker durchaus recht haben können, wenn sie einen Gegenstand im Zeitpunkt t anschauen, dafür behalten aber die Dialektiker recht, wenn sie die verschiedenen Zeitpunkte miteinander vergleichen und dabei Gleichheit und Ungleichheit feststellen, die Sache also in ihrer Entwicklung studieren.

Die Dialektik ist also der Metaphysik nicht nur entgegengesetzt, sondern schließt sie auch ein. Dafür gab Herr Ruben selber ein passendes Beispiel: Sobald er nämlich auf die Anfänge der Geometrie zu sprechen kam, stellte er richtig fest, daß „solches Interesse durch die Aufgabe der Verteilung des kulturfähigen Bo-

dens eines Gemeinwesens auf seine Mitglieder stimuliert wird. Ebenso darf die menschliche Bautätigkeit ... in Rechnung gestellt werden, wenn von der Genesis der Geometrie die Rede ist.“ (Ruben, S. 90) Bei beiden menschlichen Tätigkeiten haben wir aber auch das eminente Interesse an der Dauerhaftigkeit, des Festhaltens eines Zeitpunktes t_0 : Die Aufteilung der Felder muß wenigstens für eine Ernte Bestand haben, sonst ist sie zwecklos. Und daß ein Bauwerk lange stehen bleibt, ist gleichermaßen der Stolz von Architekten und Bauarbeitern. Wir Menschen schaffen uns also aus gutem Grund durch Arbeit (relative) Dauerhaftigkeit. Das aber ist der vernünftige Boden der Metaphysik und der bürgerlichen Wissenschaft.

Selbstverständlich haben die Besitzer von Produktionsmitteln gleichsam von Geburt an einen besonderen Hang zur Metaphysik, aber die Wissenschaftler und Techniker, die Maschinenbauer und Arbeiter, kurz der „produktive Gesamtarbeiter“, kommen ebenfalls ohne Metaphysik, das heißt ohne Betrachtung einer Sache in ihrer Beständigkeit oder Identität, nicht aus. Eine Dialektik, die das nicht anerkennt, ist eine doktrinaire Dialektik, die nur den Unterschied sieht ohne die Gemeinsamkeit, nur die Veränderung ohne die Dauer.

Wer aber meint, der Hang zur Dauerhaftigkeit stehe der Revolution im Wege, der wird lernen müssen, daß sich das eine aus dem anderen entwickelt. Denn „die Menschen verzichten nie auf das, was sie gewonnen haben; aber das bedeutet nicht, daß sie nie auf die Gesellschaftsform verzichten, in der sie bestimmte Produktivkräfte erworben haben. Ganz im Gegenteil. Um des erzielten Resultats nicht verlustig zu gehen, um die Früchte der Zivilisation nicht zu verlieren, sind die Menschen gezwungen, sobald die Art und Weise ihres Verkehrs den erworbenen Produktivkräfte nicht mehr entspricht, alle ihre überkommenen Gesellschaftsformen zu ändern.“ (K. Marx, MEW Bd. 4, S. 549) Wal Buchenberg

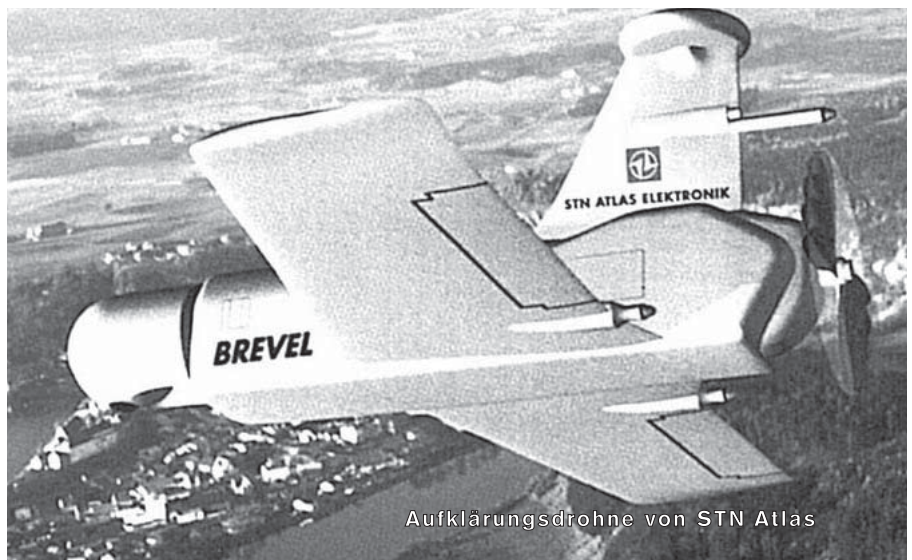
Rüstungsproduktion und Waffenhandel im Hamburger Raum

„Wie geschmiert ...“

- Blohm + Voss ist ein führender europäischer Produzent und Exporteur von Überwasserkriegsschiffen. Die Werft profitiert u.a. von dem maritimen Rüstungswettlauf zwischen der Türkei und Griechenland – durch Lieferung an beide Seiten.
- Die STN ATLAS Elektronik GmbH besitzt in Wedel bei Hamburg ein wichtiges deutsches Zentrum für Unterwasserwaffen. Hier entwickelte Torpedos sind überall auf der Welt im Einsatz.
- Die Hamburgische Schiffbauversuchsanstalt führt Untersuchungen zur „Verbesserung des Geräuschverhaltens von Fregatten- und Torpedopropellern“ durch.
- Bei der DASA in Finkenwerder bereitet man sich auf die Produktion militärischer Transportflugzeuge für Auslandseinsätze vor.

Dies sind nur vier Beispiele von vielen. Hamburg spielt im internationalen Rüstungsgeschäft eine wichtige Rolle. Von offiziellen Stellen der Hansestadt ist dies immer wieder bestritten oder verharmlost worden. Wer es genau wissen will, kann demnächst Näheres in einer über 250 Seiten starken Untersuchung nachlesen, die im September 1997 im Idsteiner KOMZI-Verlag erscheint.

Hans Walden hat auf der Basis intensiver Recherchen eine Dokumentation verfaßt, in der die Rüstungsaktivitäten von über 100 Firmen aus dem Hamburger Raum beschrieben werden. Die Ergebnisse der Untersuchung gehen weit über den bisherigen Kenntnisstand hinaus. Herausgegeben wird das Buch vom



Aufklärungsdrohne von STN Atlas

„Informationskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg“, der seit dem Golfkrieg von 1991 kritische Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema leistet.

Was ist der Grundgedanke bei der Erstellung dieses Hamburger Rüstungsregisters gewesen? Wenn aus dem kriegerischen Irrsinn des 20. Jahrhunderts eine Lektion abzuleiten ist, dann sicherlich diese: Geschäfte mit der Entwicklung, der Produktion und dem Verkauf von Waffen und Kriegsgerät sind keine Selbstverständlichkeit. Eine Gesellschaft, die der Rüstungslobby mit ihren Scheinargumenten und ihrer beschönigenden Sprache auf den Leim geht und darauf verzichtet, hinter die Kulissen zu blicken, lebt gefährlich.

Für diejenigen, die schon immer einmal wissen wollten, welche Firmen in ihrem Stadtteil oder ihrer Stadtrandgemeinde an welchen Rüstungsprojekten beteiligt sind, könnte sich die Neuer-scheinung als Fundgrube erweisen. Das Buch soll darüber hinaus verschiedenen Interessenskreisen, namentlich aus Politik, Wissenschaft, Schule, Kirche, Gewerkschaft und Publizistik, einen schnellen Zugriff auf Informationen zum Thema ermöglichen. Es soll ein aktuelles Nachschlagwerk, aber auch eine Bilanz der Entwicklung seit 1980 sein. In das

Firmenregister sind Unternehmen aufgenommen worden, deren Betrieb im Umkreis von 30 Kilometern um das Hamburger Rathaus liegt; der Hamburger „Speckgürtel“ wird also mitberücksichtigt. Auch wenn es sich um eine Regionalstudie handelt, besitzt sie durch den allgemeinen Einleitungsteil und durch zahlreiche Querverweise z.B. auf Mutter- und Tochterfirmen in anderen Teilen Deutschlands, Europas und der Welt auch überregionalen Informationswert.

Das Buch

- läßt das Interessengeflecht zwischen Militär, Politik und Wirtschaft deutlich werden, das die Grundlage für die Fortsetzung des Rüstungsgeschäfts bildet,
- stellt die vielfältigen Veränderungen dar, die in den letzten Jahren in der Hamburger Rüstungsszene stattgefunden haben (Konkurse, Neugründungen, Besitzerwechsel),
- schildert, wie Presse, Politik und Justiz mit Rüstungsskandalen (z.B. Lieferungen an den Irak) umgegangen sind,
- weist bei vielen Firmen auf Kontinuitätslinien in der Rüstungsproduktion hin, die bis in die NS-Zeit, teilweise in noch frühere Zeiten reichen,
- erinnert an Kritik und Aktionen, mit denen in Hamburg gegen Rüstungsgeschäfte protestiert wurde,

– und geht der Frage nach, ob Konversionsbemühungen zu sichtbaren Erfolgen geführt haben.

Zusätzlich oder alternativ zu dem Buch können die Ergebnisse der Recherchen auch in Form einer Datenbank (auf Disketten) erworben werden, die es ermöglicht, nach verschiedenen Suchkriterien eine gezielte (Volltext-)Informationssuche zu starten oder eine eigene Datenbank oder Textsammlung (erweiterbar durch eigene Texte) zu erstellen etc.

Interessant ist dies z.B. für Friedensinitiativen, JournalistInnen oder LehrerInnen. Zudem verzichtet die Datenbank auf jeglichen „Schnickschnack“ wie farbenprächtige (aber speicherfressende) Benutzeroberflächen im Stil von Internet-Homepages. Sie läuft sehr schnell unter DOS und kann auch mit älteren PCs betrieben werden (ab 386).

Alle Texte könne in beliebige Textverarbeitungs- oder DTP-Programme exportiert werden.

Preis (Ladenpreis): Buch DM 29,80; Datenbank (auf Disketten) DM 30,00. *Subskriptionspreis:* Buch DM 25,00, Datenbank (Disketten) DM 25,00.

e-mail Bestelladresse: ppf@umwelt.eco-link.org, *Postbestelladresse:* Hartmut Ring, Gellertstr. 29, 22301 Hamburg

H. Ring

Ein Zentrum von Kriegswaffenproduktion und Kriegswaffenhandel

Ike Walter, Informationskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg, veröffentlichte im Hamburger Forum vom 29.5.97 einen Artikel über die Konzentration von Rüstungsindustrie an der Elbe, die wir auszugsweise dokumentieren:

Wir befinden uns hier in Teufelsbrück im Wohlstands- und Reichtumszentrum der Freien und Hansestadt Hamburg ... Wir befinden uns hier nicht nur in der Zone des Hamburger Geldadels, sondern auch mitten in der Rüstungsmeile der so honorablen und vom sogenannten christlichen Kaufmannsgeist geprägten Stadt. Gegenüber von unserem Standort befindet sich beispielsweise die DASA, ein Tochterunternehmen des Daimler-Benz-Konzerns. Die Anfänge der Aufrüstung der Luftwaffe der Bundeswehr nach dem 2. Weltkrieg begannen hier. Dort drüben in Finkenwerder wurde das Kampf- und Jagdflugzeug „Starfighter“ in den 60er Jahren hergestellt: Nachdem es der Bundeswehr veraltet schien, wurde es weiterverkauft, unter anderem auch in großen Stückzahlen an die Militärdiktaturen in der Türkei. Dort kann man diese Flugzeuge noch heute in den Bürgerkriegsgebieten Kurdistans sehen. Bei meinem letzten Besuch im vergangenen Jahr konnte ich mit eigenen Augen den Einsatz dieser Bomber

beobachten.

Auch das 1. Truppentransportflugzeug der Bundeswehr, die „Noratlas“, wurde in Finkenwerder produziert.

Zur Zeit wird dort zwar in erster Linie der „Airbus“ gebaut, aber die Planungen und technischen Vorbereitungen für die Herstellung von Kriegsgerät gehen weiter. Unter anderem wird dort gegenüber in den Büros der Ingenieure das sogenannte „Future Large Aircraft“, kurz FLA, konstruiert. Im Rahmen des zukünftigen internationalen Einsatzes deutscher Soldaten im Ausland zum offensiven Schutz deutscher Wirtschaftsinteressen spielt dieses Transportflugzeug eine entscheidende Rolle. Es soll auf kleinen und teilzerstörten Flughäfen landen und starten können und Panzer, Kanonen, Soldaten etc. im Tiefflug an den Einsatzort bringen. Es eignet sich ganz besonders für blitzartige Kommandoeinsätze und für den strategischen Waffennachschub. (...)

Entwickelt werden dort auch sogenannte Aufklärungssatelliten, die jedoch im Klartext Spionage- und Abhör-satelliten sind. Damit sollen auch in Friedenszeiten militärische und zivile Objekte überwacht und Telefongespräche und Computernetze abgehört und notfalls gestört werden. (...)

Nicht weit von Teufelsbrück, elbaufwärts in dem Vorort Bahrenfeld, befindet sich eine weitere starke Stütze der Rüstungsindustrie, nämlich die Versicherungsgesellschaft „Hermes“. Dort werden fast alle größeren Rüstungsex-

porte der deutschen Industrie zugunsten der Waffenhändler rückversichert. (...)

(Bei) Blohm + Voss (werden) Fregatten, also Kriegsschiffe von ca. 120 m Länge und einem Stückpreis von etwa 600 Mio. DM für die Türkei und Griechenland gebaut. Eine Baulizenz für 10 Fregatten ist an Australien und Neuseeland vergeben worden mit einem Doppelleffekt:

1. Australien wird zukünftig in der Lage sein, selbst Fregatten zu bauen und auch zu exportieren, und 2. ist mit diesen Lieferungen eine Aufrüstungseskalation in Südostasien angestoßen worden mit der für Blohm + Voss „erfreulichen“ Wirkung, daß sich nun auch Nachbarländer, wie zum Beispiel Malaysia, Thailand und Indonesien, zur Aufrüstung ihrer Flotten gedrängt fühlen. Blohm + Voss wird mit Sicherheit von dieser Aufrüstungsspirale in Südostasien profitieren, heißt es doch in der Vorstandsetage: Wir laufen jedem Fregatenauftrag hinterher – O-Ton des Chefs von Blohm + Voss, Herrn von Nitsch. (...)

Kriegswaffenexporte werden zwar durch die Strukturen von Politik und Wirtschaft ermöglicht, aber verantwortlich sind nicht anonyme Mächte, sondern Unternehmensmanager und Waffendealer. Ob sie nun Schrepp heißen, wie der Vorstandsvorsitzende des Daimler-Benz-Konzerns ... oder die Unternehmensführer der Rüstungswerft Blohm + Voss, ihnen muß die Verantwortung als persönlich haftende Menschen angelastet werden. (...)

Noch bis 29.6. zeigt das Haus der Bayerischen Geschichte in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund-Landesbezirk Bayern in der Bayerischen Staatskanzlei die Wanderausstellung „Acht Stunden sind kein Tag. Geschichte der Gewerkschaften in Bayern“. Sie zeigt die Entwicklung von der Richtungs- zur Einheitsgewerkschaft im Freistaat auf, dokumentiert an ausgewählten Themen die Interessenvertretung der Gewerkschaften gegen die Arbeitgeber, begleitet von vielen Fotografien.



Die Maschine kann 24 Stunden im Tag arbeiten; sie hat keinen Geist und weder Gesundheit noch Krankheit. Aber der Mensch, der sie bedient, besitzt nicht die Reparaturfähigkeit der Maschine; er bleibt, wenn er durch Überarbeitung abgenutzt ist, alsdann ein Invalide mit verkürzter Lebenszeit.

Hygieniker Prof. Dr. A. Vogt in Bern, 1890.

Doch die Meinungen der Besucher gehen auseinander: Sind die einen mit dem Gezeigten zufrieden, sagen andere, die Ausstellung kratze zu sehr an der Oberfläche. Dieser Eindruck erhärtet sich jedoch, sorgt doch ein eigens konstruiertes Computerspiel in der Ausstellungshalle für einen sehr lockeren Umgang mit ernsten Themen wie Arbeitslosigkeit.

Verwirrt bestaunt der ältere Herr im braunen Trenchcoat den in einen Sockel eingelassenen, in Bauchhöhe angebrachten Computerbildschirm besonderer Art: Statt mit der Maus kann der Besucher den Pfeil mit dem Finger bewegen. Und klickt sich durch virtuelle Arbeitskampsituationen dreier Epochen (1880, 1930 und 1963). In diesem von Ludwig Eiber konzipierten Spiel „Super Toni“ bietet das Gerät dem Gast Lösungsvorschläge aus der Krise, in Sprechblasen der Hauptakteure verpackt. Seltsam nur, daß Wege, die den sogenannten Goldenen Mittelweg gehen, jedesmal zum (vermeintlichen) Erfolg führen, während radikalere, tiefer gehende Lösungsmöglichkeiten das Computerprogramm nur allzu schnell abrupt beenden lassen. Es scheint, als streike die Maschine schon beim leisesten Hauch von Revolution und Klassenkampf. Dieser Klick auf Kompromiß scheint für die gesamte Wanderausstellung „Acht Stunden sind kein Tag“ symptomatisch.

Die Ausstellung, nach einem Film von Rainer Werner Fassbinder benannt, zeigt zunächst, wie sich die bayerischen Gewerkschaften – Mitte des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung aus der Arbeiterbewegung entstanden – entwickelten. Dokumente und Bilder künden von vier Richtungsgewerkschaften (den sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaften, den bürgerlich-

Ausstellung

Klick auf Kompromiß

liberalen, den christlich orientierten und den kommunistischen); die sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften wurden trotz Bismarcks Sozialistengesetz von 1878 die stärkste gewerkschaftliche Richtung. Auch daß die Nazis kurz nach der Machtergreifung 1933 die Gewerkschaften zerschlagen haben, wird von der Ausstellung belegt. Als zentrales Thema zeigt sich die weitere Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg: Ab 1945 strebten deutsche Gewerkschaftler die Gründung einer einheitlichen Organisation an. Schon 1947 wurde der Bayerische Gewerkschaftsbund (BGB) zu einem Dachverband für Einzelgewerkschaften; zwei Jahre später ging der BGB als Landesverband Bayern im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) auf. Weitere, dicht zusammenstehende und thematisch geordnete Stellwände informieren über die alltägliche Gewerkschaftsarbeit, die Entwicklung der Feiern zum 1. Mai, Streiks in Bayern wie dem Metallarbeiterstreik von 1954 und das Problem der Arbeitslosigkeit.

Daß aber diese Ausstellung mit diesen ernstesten Themen nur allzu locker umgeht, spürt so mancher Besucher bereits sehr früh: Bunte Fahnen, teilweise große Dokumente und farbenfrohe Plakate schreiben nach Aufmerksamkeit. Das Auge, kaum in der Lage, der Reizüberflutung

zu entgehen, wird mit optischen und akustischen Signalen bombardiert, daß es schwerfällt, sich zu orientieren. Erklärender Text geht an den Stellwänden unter, scheint vorm geschickt montierten Bildmaterial zurückzuschrecken. Das Ambiente erinnert ein wenig an den New Yorker Times Square bei Nacht.

Inhaltlich bleibt das Gezeigte zu sehr an der Oberfläche. So werden die kommunistischen Gewerkschaften einmal kurz erwähnt und im aufliegenden Katalog zur Ausstellung sogar ganz weggelassen. Kein Wort über den mühsamen Kampf um Arbeitszeitverkürzung und auch keines über die Leiden der vielen Opfer im Arbeitskampf. So heißt es lapidar an einer Stelle auf der Tafel, an der vom Tod eines kommunistischen Gewerkschaftler die Rede ist: „... und dann verstarb er im KZ Dachau.“ Als ob man dazu nicht mehr sagen oder schreiben könnte. „Zu viel Friede-Freude-Eierkuchen“, hat ein erzürnter Besucher ins aufliegende Buch geschrieben. Und es stimmt: Keine Rede von der heutigen Situation, in der Gewerkschaften und linke Parteien manchmal verzweifelt dagegen ankämpfen, daß die Regierung das Geld von unten nach oben umverteilt. Zynisch wirken da die Worte des Bayerischen Ministerpräsidenten und Schirmherrn der Ausstellung, Edmund Stoiber, im Vorwort des Katalogs: „Selbstverständlich gab es auch nach 1945 unterschiedliche Standpunkte zwischen Regierung und Gewerkschaften. Das liegt in der Natur einer pluralistischen Gesellschaftsordnung.“ So wichtig eine Ausstellung über Gewerkschaftsarbeit ist, so hätte sie anders aussehen müssen, um wirklich etwas zu bewegen.

joe

Quelle: Münchner Lokalberichte

Bis 14. Juni: Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, am **14. Juni** sollen sie in einer Großdemonstration in Amsterdam münden.

den und anderen Staaten zurück. Während des Gipfels sollen Ergebnisse der Regierungskonferenz kritisch diskutiert werden. **Schwerpunkte:** Arbeitslosigkeit, Demokratiedefizite, Südpolitik der EU, „Friedliches Europa“, Antirassismus, Feminismus und Umweltpolitik.

Die Sprecherin der Nationalen Koordination der Bewegung der „sans-papiers“ in Paris, Madjiguène Cissé, berichtet über die Kämpfe gegen Abschiebung und für gleiche Rechte der „sans-papiers“ in Frankreich

Informations- und Diskussionsveranstaltungen in:

GÖTTINGEN • Mo 16.6.97, 20 Uhr
Gemeindezentrum St. Michael, Kurze Straße 14

BERLIN • Di 17.6.97, 19.30 Uhr
Kirche zum Heiligen Kreuz, Zossener Str. 65

BREMEN • Mi 18.6.97, 19.30 Uhr
Kulturzentrum Fuhrpark, Buntentorsteinweg 110

PAPIERE FÜR ALLE



KEIN MENSCH IST ILLEGAL!

Papiers pour tous!

FRANKFURT/M. • Do 19.6.97, 19.30 Uhr
BCN-Café, Nibelungenplatz

STUTTGART • Fr 20.6.97, 20 Uhr
Zentralkultur, Pfarrstr. 7

AG3F • Antirassistische Gruppe Für Freies Fluten • Metzgerstraße 8 • 63450 Hanau • Tel./Fax/AB: 06181-184892 • E-mail: AG3F@OLN.comlink.apc.org

12. bis 17. Juni: Der Alternativgipfel „Coalition for a Different Europa“ geht auf Initiative mehrerer NGO/Nicht-Regierungs-Organisationen aus den Niederlan-

den und anderen Staaten zurück.

1. März 1998: Landtagswahlen in Niedersachsen

16./17. Juni: Antirassismuskonferenz parallel zum Alternativgipfel. Sie wird organisiert vom größten europäischen Netzwerk gegen Nationalismus, Rassismus, Faschismus und zur Unterstützung von MigrantInnen und Flüchtlingen. Ihre Themen sind Migrations- und Fluchtursachen, die EU-Politik „Festung Europa“, die Arbeit von Initiativen, alltäglicher Rassismus.

16./17. Juni: EU-Gipfel in Amsterdam. Geplant ist der Beschluß über die Reform der Maastrichter Verträge, zur Währungsunion und zur Aufnahme der „Osterweiterung“. Die „Euromärsche“ wollen bereits am 14.6. in Amsterdam eintreffen.

20./22. Juni: Weltwirtschaftsgipfel in Denver, USA

31. 7.-3. August: Linke Sommerschule in Schnepfenthal

29.-31. August: UZ-Pressefest, Dortmund.

21. September: Bürgerchaftswahlen in Hamburg

20./21. September: Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Chemnitz.

26.-28. September: Internationale Che-Guevara-Konferenz in der Humboldt-Universität in Berlin. Infos über Cuba Si, Reinhard Thiele, 030/24009455, Fax 030/24009409.

27./28. September: Grüner Länderrat in Magdeburg

11./12. Oktober: Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Jugendgästehaus.

14./16. November: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Kasel.

Anfang Dezember tagt der SPD-Bundesparteitag in Hannover

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr:

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart